

**1182 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP****Ausgedruckt am 8. 3. 1990**

# **Regierungsvorlage**

## **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll**

### **ABKOMMEN**

#### **ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT**

Der Bundespräsident der Republik Österreich  
und

der Präsident der Tunesischen Republik,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind übereingekommen, ein Abkommen zu schließen, und haben hiefür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Bundespräsident der Republik Österreich  
Herrn Dr. Alois Mock, Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten,

der Präsident der Tunesischen Republik

Herrn Abdelhamid Escheikh, Minister für auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

### **ABSCHNITT I**

#### **ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

##### **Artikel 1**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“  
die Republik Österreich,  
„Tunesien“  
die Tunesische Republik;

2. „Gebiet“  
in bezug auf Österreich  
dessen Bundesgebiet,  
in bezug auf Tunesien  
das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;
3. „Staatsangehöriger“  
in bezug auf Österreich  
dessen Staatsbürger,  
in bezug auf Tunesien  
eine Person tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des tunesischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;
4. „Rechtsvorschriften“  
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
5. „zuständige Behörde“  
in bezug auf Österreich  
die Bundesminister, die mit der Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften betraut sind,  
in bezug auf Tunesien  
den Minister für soziale Angelegenheiten;
6. „Träger“  
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
7. „zuständiger Träger“  
den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
8. „Familienangehöriger“  
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der

- Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“ eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragsentnahmen geleistet werden;
  10. „Familienbeihilfen“ in bezug auf Österreich die Familienbeihilfe, in bezug auf Tunesien die Familienbeihilfe.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

### Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
  - a) die Krankenversicherung,
  - b) die Unfallversicherung,
  - c) die Pensionsversicherung,
  - d) die Familienbeihilfe;
2. auf die tunesischen Rechtsvorschriften über
  - a) die Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung,
  - b) die Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung,
  - c) die Pensionsversicherung,
  - d) die Familienbeihilfe.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen; es bezieht sich ferner nicht

in bezug auf Österreich  
auf die Rechtsvorschriften über die Notarversicherung,

in bezug auf Tunesien  
auf die Rechtsvorschriften über die im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Verträgen mit dritten Staaten ergeben oder zu deren Ausführung dienen, sind, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten, im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

### Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt, soweit es nichts anderes bestimmt, für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für ihre Familienangehörigen und andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates ableiten.

(2) Dieses Abkommen ist auf Diplomaten und Berufskonsuln und auf das Verwaltungs- und technische Personal der von Diplomaten und Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden der Vertragsstaaten sowie auf Mitglieder des dienstlichen Haupsersonals dieser Vertretungsbehörden und auf die ausschließlich bei Diplomaten, Berufskonsuln und Mitgliedern der von Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden beschäftigten privaten Haustangestellten, deren rechtliche Stellung durch das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 oder das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 geregelt ist, nicht anzuwenden.

### Artikel 4

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

### Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden die Geldleistungen bei Invalidität, Alter oder an Hinterbliebene, die Renten bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit und die Sterbegelder, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagenahmt, weil sich der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält.

## ABSCHNITT II

### BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

### Artikel 6

Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, sofern Artikel 7 nichts anderes bestimmt, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

### Artikel 7

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvor-

schriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(4) Wird ein öffentlich-rechtlich Bediensteter oder ein ihm nach den Vorschriften des in Betracht kommenden Vertragsstaates Gleichgestellter in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung er beschäftigt ist.

#### Artikel 8

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 und 7 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

### ABSCHNITT III

#### BESONDERE BESTIMMUNGEN

##### Kapitel 1

###### Krankheit und Mutterschaft

##### Artikel 9

(1) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Bezug von Pensionen Berechtigter im Gebiet eines Vertragsstaates, so werden ihm und seinen Familienangehörigen Sachleistungen von dem Träger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension lediglich auf Grund der Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des Trägers des Vertragsstaates, in dem der Berechtigte wohnt.

(2) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension Berechtigter im Gebiet des anderen Vertragsstaates, so werden ihm und seinen Familienangehörigen Sachleistungen von dem Träger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des zuständigen Trägers des Vertrags-

staates, in dem der zur Pensionszahlung verpflichtete Träger seinen Sitz hat.

#### Artikel 10

Die nach Artikel 9 Absatz 2 in Betracht kommenden Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse,

in Tunesien

von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit.

#### Artikel 11

(1) Bei Sachleistungen, die nach Artikel 9 Absatz 2 gewährt werden, hat der zuständige Träger den Betrag dieser Leistung zu erstatten.

(2) Die zuständigen Behörden können nach Anhörung der beteiligten Träger zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

#### Kapitel 2

##### Berufskrankheiten

##### Artikel 12

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) In Fällen von Silikose oder Asbestose sind dem nach Absatz 1 zur Erbringung der Leistungen verpflichteten Träger die Aufwendungen für Geldleistungen einschließlich Renten vom Träger des anderen Vertragsstaates zur Hälfte zu erstatten; dies gilt nicht, wenn die Beschäftigungsdauer in diesem anderen Vertragsstaat, welche die Silikose oder Asbestose verursacht haben könnte, 10 vom Hundert der gesamten Beschäftigungsdauer, die die Silikose oder Asbestose in den beiden Vertragsstaaten verursacht haben könnte, nicht erreicht.

(3) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

**Artikel 13**

Erhebt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat oder erhält, bei Verschlimmerung einer Berufskrankheit wegen einer gleichartigen Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Leistungen, so gelten folgende Regelungen:

- a) Hat die Person im Gebiet dieses Vertragsstaates keine Beschäftigung ausgeübt, die geeignet war, die Berufskrankheit zu verursachen oder zu verschlimmern, so bleibt der zuständige Träger des ersten Vertragsstaates verpflichtet, die Leistungen nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zu seinen Lasten zu gewähren.
- b) Hat die Person im Gebiet des letzten Vertragsstaates eine derartige Beschäftigung ausgeübt, so bleibt der zuständige Träger des ersten Vertragsstaates verpflichtet, die Leistungen nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung zu gewähren; der zuständige Träger des anderen Vertragsstaates gewährt der Person eine Leistung, deren Höhe sich nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften bestimmt und dem Unterschiedsbetrag zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und dem Betrag entspricht, der geschuldet sein würde, wenn die Krankheit vor der Verschlimmerung in seinem Gebiet eingetreten wäre.

**Kapitel 3****Alter, Invalidität und Tod**

(Pensionen)

**Artikel 14**

Galten für eine Person nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruches die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden. In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind.

**Artikel 15**

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterblie-

benen Leistungen, so sind die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger jedes Vertragsstaates hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Berücksichtigung der im Artikel 14 vorgesehenen Zusammenrechnung der Zeiten die Voraussetzungen für den Anspruch auf die in diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Leistungen erfüllt.
- b) Besteht ein Anspruch, so hat jeder in Betracht kommende Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten ausschließlich nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.
- c) Auf Grund dieses Betrages hat der Träger den geschuldeten Betrag nach dem Verhältnis festzusetzen, das zwischen der Dauer der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Zeiten besteht.
- d) Bemessungsgrundlagen werden nur aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den für den Träger geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.
- e) Bei Durchführung der Buchstaben b und c sind sich deckende Versicherungszeiten so zu berücksichtigen, als würden sie sich nicht decken.

(2) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegt worden sind, insgesamt nicht zwölf Monate, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch bereits auf Grund solcher geringerer Zeiten besteht.

(3) Die im Absatz 2 erster Satz genannten Zeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches und dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Zeiten.

**Artikel 16**

Die österreichischen Träger haben die Artikel 14 und 15 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und der Leistungszuständigkeit sind nur österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

2. Die Artikel 14 und 15 gelten nicht für das Bergmannstreuegeld aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a gelten als neutrale Zeiten auch Zeiten, während derer der Versicherte einen Anspruch auf eine Pension aus dem Versicherungsfall des Alters beziehungsweise der Invalidität nach den tunesischen Rechtsvorschriften hatte.
4. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b haben Beiträge zur Höherversicherung, der knappschaftliche Leistungszuschlag, der Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage außer Ansatz zu bleiben.
5. Übersteigt bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstmaß von Versicherungsmonaten besteht.
6. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 15 Absatz 1 Buchstaben b und c; Artikel 19 ist entsprechend anzuwenden.
7. Der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung, den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage.
8. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so werden von den tunesischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen tunesischen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
9. Sonderzahlungen gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Artikel 19 ist entsprechend anzuwenden.

### Artikel 17

Die tunesischen Träger haben die Artikel 14 und 15 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b erster Satz haben Beiträge zur Zusatzversicherung außer Ansatz zu bleiben.
2. Übersteigt bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertrags-

staaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den tunesischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstmaß von Versicherungsmonaten besteht.

3. Der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Zusatzversicherung.
4. Erfüllt der Versicherte auch ohne Berücksichtigung des Artikels 14 die für einen Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen, so stellt der tunesische Träger den Betrag der Leistung unter ausschließlicher Heranziehung der nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten fest.

### Artikel 18

(1) Erfüllt die betreffende Person in einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzung der auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften zwar nicht bei der Vertragsstaaten, wohl aber eines Vertragsstaates, ohne daß es erforderlich ist, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigenden Versicherungszeiten heranzuziehen, so ist der Betrag der Leistung nur auf Grund der Rechtsvorschriften festzustellen, nach denen der Anspruch erworben worden ist, und zwar unter ausschließlicher Heranziehung der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Leistung ist nach Artikel 15 neu festzustellen, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

### Artikel 19

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a Anspruch auf eine Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so errechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zu stünde, als Teilleistung zu gewähren.

**Kapitel 4****Familienbeihilfen****Artikel 20**

(1) Eine Person, die in einem Vertragsstaat als Dienstnehmer erwerbstätig ist, hat nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch auf Familienbeihilfen auch für die Kinder, die sich ständig in dem anderen Vertragsstaat aufhalten.

(2) Für den Anspruch auf Familienbeihilfen werden die Dienstnehmer so behandelt, als hätten sie ihren Wohnsitz ausschließlich in dem Vertragsstaat, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird.

(3) Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe besteht für Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und sich ständig in Tunesien aufhalten, nur dann, wenn sie sich in Schulausbildung befinden.

**Artikel 21**

(1) Die Familienbeihilfe, die nach österreichischen Rechtsvorschriften für Kinder gewährt wird, die sich ständig in Tunesien aufhalten, beträgt monatlich 818 S für jedes Kind. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich die Familienbeihilfe für ein Kind jeweils nach dem 1. Jänner 1987 erhöht oder vermindert.

(2) Für Kinder, die das 10. Lebensjahr vollendet haben und sich ständig in Tunesien aufhalten, erhöht sich die Familienbeihilfe mit Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 120 S. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich der Zuschlag zur Familienbeihilfe für ein Kind, welches das 10. Lebensjahr vollendet hat, nach dem 1. Jänner 1986 jeweils erhöht oder vermindert.

**Artikel 22**

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Erlangung des Anspruches auf Familienbeihilfen bestimmte Wartezeiten vor, so werden die in dem anderen Vertragsstaat zurückgelegten gleichartigen Zeiten angerechnet.

(2) Dienstnehmer, die Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung eines Vertragsstaates beziehen, sind in bezug auf den Anspruch auf Familienbeihilfen so zu behandeln, als ob sie in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie diese Geldleistungen erhalten, beschäftigt wären.

**Artikel 23**

Hat eine Person während eines Kalendermonates unter Berücksichtigung dieses Abkommens für

ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für diesen Monat nur von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monates zu gewähren waren.

**Artikel 24**

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind die Voraussetzungen für die Gewährung von Familienbeihilfen in beiden Vertragsstaaten gegeben, so sind die Familienbeihilfen für dieses Kind ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dem sich das Kind ständig aufhält.

**Artikel 25**

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

**ABSCHNITT IV****VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN****Artikel 26**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen werden, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, werden auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

### Artikel 27

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

### Artikel 28

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

### Artikel 29

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Ver-

tragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absatz 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

### Artikel 30

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Stellen haben die Leistungen mit befreiernder Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung zu erbringen, wobei für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend ist, der bei der Übermittlung der Leistung zugrunde gelegt wurde.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat, zu erfolgen.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

### Artikel 31

Für die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren öffentlichen Urkunden der Träger und Behörden eines Vertragsstaates im Bereich der im Artikel 2 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit gilt der Vertrag vom 23. Juni 1977 zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts entsprechend.

### Artikel 32

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Leistung der Sozialhilfe oder eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Träger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein.

(3) Die Einbehaltung nach den Absätzen 1 und 2 erfolgt nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, die für den die Einbehaltung vornehmenden Träger gelten.

### Artikel 33

Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

### Artikel 34

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege beigelegt. Auf Verlangen eines Vertragsstaates kann die Streitigkeit des weiteren einer Ad-hoc-Kommission unterbreitet werden, die sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten zusammensetzen wird. Jede Delegation kann Experten beiziehen.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- Jeder Vertragsstaat bestellt binnen einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörig-

keit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes oder auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

## ABSCHNITT V

### ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### Artikel 35

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt wurden sind.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind. In diesen Fällen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens

- Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten vom Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt,
- Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt.

Wird der Antrag auf Feststellung oder auf Neufeststellung binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so werden hinsichtlich der Ansprüche aus Absatz 3 die diesbezüglichen Vorschriften auf die Berechtigten nicht angewendet, wenn der im Absatz 3 bezeichnete Antrag binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens

gestellt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß günstigere Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anwendbar sind.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 Buchstabe b ist Artikel 32 Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

### Artikel 36

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

### Artikel 37

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monates nach Ablauf des Monates in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

ZU URKUND DESSEN haben die oben erwähnten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Tunis, am 4. Dezember 1989, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:  
Mock

Für die Tunesische Republik:  
Escheikh

## SCHLUSSPROTOKOLL

### ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

#### I. Zu Artikel 4 des Abkommens:

Diese Bestimmung berührt nicht

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
- b) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen;
- c) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten;
- d) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der Sozialen Sicherheit.

#### II. Zu Artikel 5 des Abkommens:

Diese Bestimmung bezieht sich hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften nicht auf

- a) die Ausgleichszulage;
- b) jene Teile der österreichischen Leistung, die beruhen
  - i) auf Versicherungszeiten nach dem Bundesgesetz vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit außerhalb Österreichs oder
  - ii) auf im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit.

#### III. Zu Artikel 11 des Abkommens:

In den Fällen des Artikels 9 Absatz 2 ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

10

1182 der Beilagen

**IV. Zu den Artikeln 20 bis 22 des Abkommens:**

- a) Anspruch auf Familienbeihilfen besteht nur, wenn die Beschäftigung nicht gegen die bestehenden Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt.
- b) Anspruch auf die Familienbeihilfe nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur, wenn die Beschäftigung in Österreich mindestens einen Kalendermonat dauert; auf diese Wartezeit findet eine Anrechnung nach Artikel 22 Absatz 1 nicht statt.
- c) Anspruch auf die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur für die Kinder, die sich ständig in Österreich aufhalten.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit.

Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Tunis, am 4. Dezember 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:  
Mock

Für die Tunisische Republik:  
Escheikh

اتفاقية

بين

جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية  
حول الضمان الاجتماعي

( ८ )

۱۰۱

## الرئيس الفيدرالي لجمهورية النمسا

4

## رئيس الجمهورية التونسية

تحدوهما الرغبة في تنظيم العلاقات بين الدولتين فـ ميدان  
الضم ان الاجتماعي ،  
قررا ابرام اتفاقية ولهذا الفرض سميما  
مندوبיהם المفوض وهم هما :

عن الرئيس الفيدرالي لجمهوريّة النمسا  
**السيد البوس موله الوزير الفيدرالي للشؤون الخارجيه**  
عن رئيس الجمهوريّة التونسي  
**السيد عبد الحميد الشّيخ وزير الشّؤون الخارجيه**

الذين بعد أن تبادلا وثائق تفويضهما ، المعرف بصحتها اتفقا على الاحكام التالية :

## 1182 der Beilagen

13

( ۳ )

الفصل الأول :

( ۱ ) ينضرض تطبيق هذه الاتفاقية \_\_\_\_\_ :

۱ - تشير عبارة "النمسا" \_\_\_\_\_

الـ "الـ جمهـورـيـةـ" \_\_\_\_\_

و تشير عبارة "تونس" \_\_\_\_\_

الـ "الـ جـمـهـورـيـةـ" \_\_\_\_\_

۲ - تشير عبارة "تراب" \_\_\_\_\_

بالـ "الـ نـمـسـاـ" السـ "الـ تـرـاـبـ" الفـ "الـ فـيـدـرـ" \_\_\_\_\_

۳ - تشير عبارة "مواطـنـ" \_\_\_\_\_

بالـ "الـ نـتـرـنـسـ" السـ "الـ مـوـاـطـنـ" طـ "الـ مـعـاـذـونـ" التـ "الـ نـتـرـنـسـ" فيـ هذهـ الـ حـادـةـ

۴ - تشير عبارة شـرـيعـ السـ "الـ قـوـاـيـنـ" وـ التـ "رـاتـ" \_\_\_\_\_

وـ الـ "اـحـكـامـ" الـ "اـسـسـ" وـ كلـ اـجـراءـاتـ الـ "اـنـتـطـيـقـ" الـ "اـخـرـيـ" الـ "اـسـتـعـلـقـةـ"

يـ "نـظـمـ" وـ "فـرـوعـ" الـ "فـضـمـانـ" الـ "اـجـتـمـاعـ" الـ "مـشـارـ" الـ "بـهـاـ" الـ "اـلـقـرـةـ" الـ "اـلـوـلـىـ"

مـ "فـصـلـ" الـ "شـانـسـ"

۵ - تشير عبارة "الـ "الـ سـلـطـةـ" الـ "الـ مـخـتـصـةـ" " \_\_\_\_\_

بالـ "الـ نـتـرـنـسـ" الـ "الـ الـ وزـرـاءـ" الفـ "الـ فـيـدـرـ" السـ "الـ بـهـاـ" الـ "الـ مـكـفـيـنـ" يـ "تـطـبـقـ"

الـ "شـرـيعـاتـ" الـ "مـنـصـوصـ" عـ "لـهـاـ" بـ "الـ نـقـطـةـ" ۲ـ لـ "الـ لـقـرـةـ" ۱ـ مـ "فـمـلـ"

الـ "دـارـ" \_\_\_\_\_

بـ "الـ نـتـرـنـسـ" الـ "الـ وزـرـيـونـ" الـ "الـ اـجـتـمـاعـ" \_\_\_\_\_

(٤)

٦ - تشير عبارة "المؤسسة" إلى الهيأكل أو السلطة التي يرجع لها بالنظر

كلياً أو جزئياً تطبيق التشريعات المشار إليها

بالفقرة (١) من الفصل الثاني

٧ - تشير عبارة "المؤسسة المختصة" إلى المؤسسة التي يكون المؤمن منخرطاً فيها وقت

طلب المنافع أو التي يكون أو قد يكون له الحق

في التمتع بمنافع من طرفها إذا كان مقيناً بتراب

الطرف المتعاقد الذي توجّه به هذه المؤسسة

٨ - تشير عبارة "فرد من الأسرة" إلى فرد من العائلة حسب التشریع الجارى به

العميل في الدولة المتعاقدة التي يوجد بها مقر

المؤسسة التي تتحمل تقديم المنافع

٩ - تشير عبارة "منافع نقدية و جرایات عمرية أو جرایات

إلى منافع نقدية و جرایات عمرية أو جرایات بما فيه

كل العناصر المحمولة على الأموال العمومية والترفيهات

و المنح الإضافية في شكل رأس مال و المبالغ المدفوعة

بعنوان تضييد الاشتراكات

١٠ - تشير عبارة "المتح العائلي" بالنسبة للنمسا إلى المتح العائلي

بالنسبة لتونس إلى المتح العائلي

( ٥ )

(٢) لغرض تطبيق هذه الاتفاقية تعنى كل بقية اللفظ  
المعنى الذي تقصدها حسب تشريع كل واحد من البلديين .

الفصل الثاني :

(١) تطبق هذه الاتفاقية على التشريعات المتعلقة بـ :

١/ في النمسا :

- أ - التأمين على المرض
- ب - تأمين الحادث
- ج - تأمين الجرائم
- د - الملاحة العائمة

٢/ في تونس :

- أ - تأمين المرض والامومة والوفاة
- ب - تأمين حوادث الشغل والامراض المهنية
- ج - تأمين الجرائم
- د - الملاحة العائمة

(٣) لا تطبق هذه الاتفاقية على النصوص التشريعية أو الترتيبية التي تغطى فرعا جديدا من الضمان الاجتماعي و لا على انظمة التعويض لفائدة المتضررين من الحرب و مخلفاتها ، كما لا تطبق بالنسبة للنمسا: على التشريع الخاص بتأمين العاملين الدوليين بالنسبة لتونس : على التشريع الخاص بالاعوان المنتسب للقطاع العام

(٤) لا تدخل المقتضيات القانونية الناجمة عن الاتفاقيات الدولية المبرمة مع الدول الأخرى أو الالزامه لتنفيذها بعين الاعتبار في علاقات الدولتين المتعاقدتين و ذلك طالما لم تتضمن قواعد لتوزيع الاعباء في مسؤولية التأمين

( ٦ )

الفصل الثالث :

(١) طالمة لم يتم التنصيص على خلاف ذلك تنطبق هذه الاتفاقية على مواطني كل من الدولتين المتعاقدتين و على أفراد أسرهم و على بقية الاشخاص فيما يتعلق بالحقوق المنجرة عن حقوق مواطن من أحدى الدولتين المتعاقدتين .

(٢) لا تنطبق مقتضيات هذه الاتفاقية على الممثلين الدبلوماسيين و القنصلية المحترفين و الاعوان التقنيين الاداريين للبعثات والقنصليات التي يديرها قنصل محترف و اعضاء سلك الخدمة للبعثات الدبلوماسية و الفنصلية و كذلك الاشخاص المستخدمين خصيصا بصفة خاصة في منازل الممثلين الدبلوماسيين و القنصلية المحترفين و اعضاء القنصليات التي يديرها قنصل محترف على ان تنطبق على الوضعية القانونية لهواء الاعوان مقتضيات اتفاقية (فيانا) حول العلاقات الدبلوماسية الموعرة في ١٨ ابريل ١٩٦١ و اتفاقية (فيانا) حول العلاقات الفنصلية الموعرة في ٢٤ ابريل ١٩٦٣ .

الفصل الرابع :

ما لم تقتضي هذه الاتفاقية خلاف ذلك تتم معاملة مواطني كل واحد من البلدين المتعاقددين بمثابة مواطني البلد الآخر عند تطبيق تشريع هذا الاخير .

الفصل الخامس :

ما لم تقتضي هذه الاتفاقية خلاف ذلك فان المنافع النقدية الخامسة بالعجز و الشيوخة و الباقيين بعد الوفاة و جرایات حوادث الشغل و الامراض المهنية و كذلك منح الوفاة المستحقة طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين لا يمكن تنفيتها و لا تغييرها و لا تعليقها و لا الغاؤها و لا حجزها بحجة ان المستفيد منها يقيم بمفهوم دائمة او موقتة بتراب الدولة المتعاقدة الاخر .

## 1182 der Beilagen

17

( ٧ )

## العنوان الشأن : ضبط التشريع المنطقي

## الفصل السادس :

مع الاحترام لحكام الفصل ٧ ، تضبط اجراءات التأمين على طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة التي يمارس النشاط المهني على ترابها . وفي حالة ممارسة نشاط المهني موجهاً فان هذه القاعدة تطبق أيضاً إذا كان مقر الموجهاً موجوداً على تراب الدولة المتعاقدة الأخرى .

## الفصل السابع :

- (١) العامل الذي تشغلة مؤسسة يوجد مقريها على تراب إحدى الدولتين المتعاقدتين يبقى خاضعاً لتشريع الدولة المتعاقدة الأولى لجنة الأربع وعشرين شهراً الأولى من إنشائها .
- (٢) العامل الذي تشغلة مؤسسة طران يوجد مقريها على تراب إحدى الدولتين المتعاقدتين ، الإحدى تم الحاقه بتراب الدولة المتعاقدة الأخرى يبقى خاضعاً لتشريع الدولة المتعاقدة الأولى .
- (٣) يخضع طاقم السفينة البحرية وكذلك يقيمة الأشخاص العاملين باستثناء على ظهر هذه السفينة التي تترسم الدولة المتعاقدة التي ترتفع السفينة علية .
- (٤) العمليات الإجراء أو المشهودون بالإجراءات التي يعانون لمصالحة إدارية رسبيه الملاحقون من طرف إحدى الدولتين بالدولتين الأخرى يغدون خاضعين للتشريع البحري به العمل والدولتين الدولتين التي الحقتها .

الفصل الثامن :

- (١) بطلب مشترك من العامل الاجير و موئجره فان السلطة المختصة للدولتين المتعاقدتين يمكن أن تتفق على استثناء لمقتضيات الفصلين ٦ و ٧ وذلك باعتبار طبيعة و ظروف العمل
- (٢) طبقا للفقرة (١) اذا كان العامل الاجير خاضعا لتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين معمارسة نشاطه المرءجر على تراب الدولة المتعاقدة الأخرى فان التشريع ينطبق كما لو كان المعنى بالامر يمارس نشاطه على تراب الدولة المتعاقدة الأولى

العنوان الثالث : أحكام خاصةالباب الأولالمرض والولادةالفصل التاسع :

- (١) ينتفع أصحاب الجرایات المستحقة طبقا لتشريع الدولتين المتعاقدتين و كذلك أفراد أسرهم ، العقبيين بأحدى الدولتين ، بالمنافع العينية التي تسدیها مؤسسة مقر الإقامة كما لو كانوا منتفعين فحسب بجرایات طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة مقر الإقامة . و تتحمل اعباء هذه المنافع مؤسسة الدولة المتعاقدة مقر الإقامة .

- (٢) ينتفع أصحاب الجرایات المستحقة طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين و كذلك افراد أسرهم العقبيين بالدولة الأخرى بالمنافع العينية التي تسدیها مؤسسة مكان الإقامة كما لو كانوا منتفعين بجرایات طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة مكان الإقامة . و تتحمل اعباء هذه المنافع المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة التي يوجد بها مقر المؤسسة التي تصرف الجرایات .

( ٩ )

الفصل العاشر :

تسدى المنافع العينية المنصوص عليها بالفقرة ( ٢ ) متن

الفصل ( ٩ )

فى النسا : من قبل **Gebietskrankenkasse** المختصة  
بالنسبة لمكان اقامة الشخص المعنى بالامر  
فى تونس: من قبل الصندوق القومى للضمان الاجتماعى

الفصل الحادى عشر :

( ١ ) فيما يتعلق بالمنافع العينية المدعاة فى الحالات المشار  
إليها بالفقرة ( ٢ ) من الفصل ( ٩ ) فإن المؤسسة المختصة  
طالبة بتسديد مبلغ تلك المنافع .

( ٢ ) يمكن للسلط المختصة بعد استشارة المؤسسات المعنية ان تقرر  
فى اطار الحرب على اختصار الاجراءات الادارية ، بان يتم  
تعويض التسديد حسب الفواتير بتسديد جم .

الباب الثانيالامراض المهنيةالفصل الثاني عشر :

( ١ ) لا تمنع المنافع المنجرة عن مرض مهنى قابل للتعويض  
طبقا لتشريع الدولتين المتعاقدتين الا بعنوان تشريع الدولة  
المتعاقدة التي يكون الشاطط المحتسب فى حصول مرض مهنى من هذه  
الطبيعة مورس على ترابها آخر مرة و ذلك بشرط أن يستحب  
المعنى بالامر الى الشروط المنصوص عليها بهذا التشريع

## 1182 der Beilagen XVII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

20

( ١٠ )

- (٢) بالنسبة لدولات التطبيق الرئيسي والحرير الصدرى تسدد موسسسة الدولة المتعددة الأخرى ٥٠ % من المناقش التقديمة بما فيها الجرایات المستفقة طبقاً للنفقة (١) لغاية المؤسسة التي تولت صرفه ولا يعمل بهذا الإجراء إذا كانت مدة النشاط المعقولة في الدولة المتعددة الأخرى التي قد تكون مصدر التطبيق الرئيسي أو الحرير المخري أقل من ١٠ ١٠ % من فترة النشاط الجبليه المتسببة في مدينين المرضين في البلدان المتعددة.
- (٣) إذا اشترط لاستاد منافع المرض المهني طبقاً لتشريع دولته متعددة أن يقيس إثبات المرض طيباً لأول مرة على تراويبه فإن هذا الشرط يعتبر متوفراً إذا وقع إثبات المرض لأول مرة على تراب الدول المتعددة الأخرى.

الفصل الثالث عشر

- في حالة تغادر مرض مهني انتفع العامل من إجره أو يواصل الانتفاع بتعويض طبقاً لتشريع دولته متعددة مع افتساحه الحق في الانتفاع بمنافعه بعنوان مرض مهني من نفس الطبيعة طبقاً لتشريع الدولة المتعددة الأخرى تطبق الأحكام التالية :
- أ) إذا لم يباشر العامل منذ أن انتفع بالمنافع علا تحت ظل تشريع الدولة المتعددة الأخرى من شأنه أن يتسبب أو يعكر المرض المعتبر فإن المؤسسة المختصة للدولة الأولى ملزمة بتحمل عبء المنافع باعتبار التغدر ، طبقاً باعتبار التغدر ، طبقاً لأحكام التشريع الذي تطبقه .
- ب) إذا باشر العامل منذ أن انتفع بالمنافع ، مثل هذا العمل تحت ظل تشريع الدولة المتعددة الأخرى ، فإن المؤسسة المختصة في الدولة الأولى ملزمة بتحمل عبء المنافع بدون اعتبار التغدر ، طبقاً للتشريع الذي تطبقه وتسدد المؤسسة المختصة في الدولة الثانية للعامل تكملة بساوى مقدارها الفارق بين مبلغ المنافع المستحقة بعد التغدر والمبلي الذي قد ينبع عليه المنافع قبل التغدر طبقاً لاحده التشريع الذي تطبقه كما لو حدث المرض المعتبر تحت ظل تشريع منه دولته .

( ١١ )

**الباب الثالث****تأمين العجز و الشيخوخة و الوفاة****( الجرایات )****الفصل الرابع عشر :**

لفرض اكتساب الحق في المنافع أو الحفاظ عليها أو استرجاعه حين يكون العامل قد خضع على التوالي أو التتابع لتشريع الدولتين المتعاقدتين يتم تجميع فترات التأمين المقدمة طبقاً لتشريع كل من الدولتين المتعاقدتين شريطة الا تتعلق بنفس الخدمة .

و تسوى مسألة معرفة ما إذا كان يجب أخذ فترات التأمين بعين الاعتبار و إلى أي حد ، طبقاً لتشريع الدولة المتعاقدة التي تم قضاء هذه الفترات في ظل نظام تأمينها .

**الفصل الخامس عشر :**

( ١ ) تحدد المنافع المستحقة للعامل الذي قضى فترات التأمين طبقاً لتشريع الدولتين المتعاقدتين أو المخولة لأولى الحق منه ، كمى يلى :

أ - تحدد المؤعسة المختصة كل في الدولتين المتعاقدتين على ضوء تشريعها ما إذا كانت تتوفر في المعنى بالأمر الشروط المطلوبة لافتتاح الحق في الانتفاع بالمنافع المنصوص عليها بهذا التشريع باعتبار تجميع الفترات المشار إليها بالفصل ١٤ .

ب - إذا كان الحق مكتسباً تحدد المؤعسة المختصة المبلغ النظري للمنافع التي كان المعنى بالأمر بستحقها لو قضيت كل فترات التأمين المجمعة طبقاً ل التشريع الذي تطبقه . و إذا لم يكن مبلغ المنافع مرتبطة بعده فترات التأمين فإن هذا المبلغ يعتبر مبلغاً نظرياً .

ج - تحدد المؤسسة المختصة على ضوء المبلغ المذكور المبا...  
المستحق على أساس النسبة بين فترات التأمين المقدمة طبقا...  
للتسلیح الذي تطبقه و مجموع فترات التأمين المقدمة بالبلدين  
المتعاقدتين .

د - لا تعتمد قواعد الحساب الا باعتبار فترات التأمين المقدمة  
في ظل التشريع الوطني الذي تطبقه المؤسسة المختصة

ه - في صورة تطبيق الفقرتين (ب) و (ج) تأخذ فترات التأمين  
المترابطة بعض الاعتبار كما لو لم تكن كذلك .

(٢) لا يكتسب أي حق في المنافع طبقاً لتشريع دولة متعاقدة  
إذا لم تصل المدة الجملية لفترات التأمين طبقاً لتشريع هذه  
الدولة إلى سنة . على أن هذا الشرط يعتبر لاغياً إذا كان  
هذا التشريع ينص على اكتساب الحق بعنوان الفترات التي تقبل  
عشر هذا الحد الأدنى .

(٣) تأخذ الفترات المشار إليها بالجملة الأولى من الفقرة  
الثانية بعض الاعتبار من قبل المؤسسة المختصة للدولة  
المتعاقدة الأخرى في اكتساب الحق في المنافع والحفاظ  
عليه و استرجاعه وفي تحديد المبلغ المستحق كما لو كانت  
هذه الفترات مقدمة طبقاً لتشريع الذي تطبقه .

#### الفصل السادس عشر :

تطبق المؤسسات النساوية المختصة الفصلين ١٤ و ١٥ حسب  
القواعد التالية :

(١) لا تأخذ بعض الاعتبار في تحديد مشمولات نظام معا...  
و اختصاصه إلا فترات التأمين النسائية

## 1182 der Beilagen

23

( ١٣ )

- ١) لا تطبق أحكام الفصلين ١٤ و ١٥ على منحة الوفاة "العمال الناجم المسندة بعنوان تأمين الراحيات النمساوية" لدى لعملية النمسا .
- ٢) في صورة تطبيق الفصل ١٥، فقرة (١) فقرة فرعية - ١ - تتعذر محايدة أياضا الغيرات التي كان خلاها المضمون مقتضى للحق في الانتفاع بحراية شيخوخة أو عجز طفيف للتشريع التوتنسي .
- ٣) في صورة تطبيق الفصل ١٥ ، فقرة (١) فقرة فرعية - ب - لا تتوعد بعض الاعتبارات في الاحتساب مساهمات التأمين التكيلي و المكافئ الإضافي لعمال المناجم والزيادة من أجل القبضور والمنحة التعويضية .
- ٤) في صورة تطبيق الفصل ١٥ الفقرة (١) فقرة فرعية - ج - و إذا كانت المدة الجميلة لفترات التأمين المأخذة يعيّن الاعتبار و المغفضة بعنوان تشريع الدولتين المتعاقدين تفويق الددة القصوى المنصوص عليهما بالتشريع النمساوي لتحديد مبلغ الترفيع ، تضييّط المدحاف الجرئية المتسقّة بالسبة إلى جملة فترات التأمين المأخذة يعيّن الاعتبار طبقا للتشريع النمساوي و باعتبار الحد الأقصى لأشهر التأمين المذكور التفويق .
- ٥) لا تحساب الزيادة من أجل القبضور يطبق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرتين الفرعيتين - ب - و - ج - كما يطبق الفصل (١٩) بالتفويق .
- ٦) تضاف عند المضروبة إلى المبلغ المحدد طبقا للتفويق (١٥) الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - مبالغ الزيادة المنجزة مسماة المساهمات المدفوعة بعنوان نظام التأمين التكميلي و النافع الإضافي لعمال المناجم و الزيادة من أجل القبضور و المسنة التعويضية .

- ٨) اذا اشترط التشريع النمساوي لاسداء منافع التأمين على الشيخوخة لعملة المناجم أن يكون هولاء العملة قد مارسوا فترات عملهم فعليا لدى بعض المؤسسات المحددة طبقا لهذا التشريع ، لا تؤخذ بعين الاعتبار قصد تجميعها الا فترات التأمين التونسي الناجمة عن ممارسة نشاط مماثل لدى مؤسسة تونسية
- ٩) تستحق التسديدات الخاصة حسب نسبة جزء المنافع النمساوية و يطبق الفصل ١٩ بالفيساس .

الفصل السابع عشر :

تطبيق المؤسسات التونسية المختصة الفصلين ١٤ و ١٥ حسب القواعد التالية :

- ١) في صورة تطبيق الفصل ١٥ ، الفقرة (١) الفقرة الفرعية - أ - الجملة الأولى ، لا تؤخذ بعين الاعتبار في الاحتساب مساهمات التأمين التكميالية
- ٢) في صورة تطبيق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - اذا كانت المدة الجطلية لفترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار والمقدمة بعنوان تشريع الدولتين المتعاقدين تفوق المدة القصوى المنصوص عليها بالتشريع التونسي لتحديد مبلغ الترفيع تضبط المنافع الجزئية المستحقة بالنسبة الى جملة فترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار طبقا للتشريع التونسي و باعتبار الحد الاقصى لشهر التأمين المذكور آنفا .
- ٣) يضاف عند اللزوم الى ا لمبلغ المحدد طبقا للفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - مبلغ الزيادات الناجمة عن الاشتراكات المدفوعة بعنوان النظام التكميالي .

## 1182 der Beilagen

25

١٤٥

- ٤) إذا لم تتوفر في المضمن الشرط المطلوب لإستفادة المنافع دون تطبيق أحكام الفصل ١٤ ، تقوم المؤسسة التونسية المختصة بتحديد ملخ المنافع على أساس قدرات التأمين المغفاة طبقاً للتشريع التونسي فحسب

الفصل السادس عشر :

- الفصل السادس عشر :
- إذا كان للمؤمن الحق في منافع طبقاً لتشريع دولة متعاقدة حتى دون اعتبار الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ١ - وإذا كان ميلخ هذه المنافع يفوق مجموع المنافع المحتسبة طبقاً للالفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ٢ - فإن الجرأة النسبية المنشقة من قبيل المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة تتكون من المنافع النسبية المنافع المحددة طبقاً لتشريعها ، تفاصيلها تكفله تساوى الدارق بين جملة المنافع المحددة طبق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ٢ - والمنافع التي تكون مستحقة لوجه تطبيق تشريع هذه الدولتين .

**الباب الرابع**  
**المنح العائلية**

**الفصل العشرون:**

- ١) العمال الذين يمارسون نشاطاً مهنياً موعداً في دولة متعاقدة ينتفعون بالمنح العائلية حسب تشريع هذه الدولة بالنسبة أيضاً لابناءهم المقيمين على تراب الدولة المتعاقدة الأخرى .
- ٢) لاكتساب الحق في الانتفاع بالمنح العائلية يعتبر الاجراء كما لو كانوا مقيمين فقط بالدولة المتعاقدة التي يمارسون على ترابها نشاطهم المهني .
- ٣) لا يحتفظ باكتساب الحق في المنحة العائلية النمساوية لما بعد ١٦ سنة من العمر بالنسبة للأطفال المقيمين في تونس الا إذا كانوا يواصلون تكويناً مدرسيّاً .

**الفصل الواحد والعشرون:**

- ١) حددت المنحة العائلية المسندة طبقاً للتشريع النمساوي التي الأطفال المقيمين باستمرار بتونس بـ ٨١٨ شلنغاً نمساوي شهرياً عن كل طفل . ويتم الترفيع أو التخفيض في هذا المبلغ حسب نفس نسب المنحة العائلية المسندة لطفل مقيم بالنمسا بعد غرة جانفي ١٩٨٧ .
- ٢) بالنسبة للأطفال البالغين ١٠ سنوات من العمر و المقيمين باستمرار بتونس ترفع المنحة العائلية بـ ١٢٠ شلنغاً نمساوي شهرياً ببداية من تاريخ دخول السنة المدنية التي يكون فيها الطفل قد بلغ خاللها ١٠ سنوات ، ويرفع هذا المبلغ أو يخفيض جسب النسبة المطبقة في النمسا بداية من غرة جانفي ١٩٨٦ ، على الرizade أو التخفيض في تكمة المنحة العائلية بالنسبة للطفل البالغ ١٠ سنوات من العمر .

## 1182 der Beilagen

27

( ١٧ )

الفصل الثاني والعشرون :

- ١) اذا اشترطت تشريع دولة متعاقدة قضاء فترات ترخيص لاكتساب الحق في المنح العائلية فان الفترات المماثلة المقصورة بالدولة المتعاقدة الأخرى توفر بعین الاعتبار .
- ٢) لاكتساب الحق في المنح العائلية يعتبر الاجراء الذي من يتقاضون منافع نقدية طبقا لتشريع التأمين على المرض أو التأمين ضد البطالة الجارى به العمل في الدولة المتعاقدة كما لو كانوا مشتغلين بالدولة التي ينظم تشريعها نظام صرف المنافع النقدية المسندة لها .

الفصل الثالث والعشرون :

طبقا لهذه الاتفاقية اذا توفرت في العامل تباعا شروط اكتساب الحق في المنح العائلية يعنوان تشريعات البلدين المتعاقدين خلال شهر من الرزنامة فان هذه المنح لا تسد بعنوان الشهر المذكور الا من قبل الدولة المتعاقدة التي كان تشريعها منطبقا مع بداية الشهر .

الفصل الرابع والعشرون :

اذا توفرت في طفل شروط اكتساب الحق في المنح العائلية فبى البلدين و ذلك طبقا لاحكام هذه الاتفاقية و لتشريعات البلدين المتعاقدين فلا تسد هذه المنح الا حسب تشريع الدولة المتعاقدة التي يقيم بها الطفل المعني بالامتناع باستمرار .

الفصل الخامس والعشرون :

لتطبيق هذا الباب يعتبر أطفالا الاشخاص المتوفون بمتحف عائلية طبقا للتشريع الجارى به العمل .

الفصل السادس والعشرون:

العنوان **الرابع** : أحكام مختلة

الفصل السابع و العشرون:

سعيا الى تسهيل تطبيق هذه الاتفاقية و خاصة بفرض اقامة علاقات مبسطة و سريعة بين المؤسسات المختصة المتدخلة من الجانبين تتولى السلطة المختصة احداث هيكل اتمال .

الفصل الثامن و العشرون :

- ١) يسحب الانتفاع بالاعفاءات و التخفيفات في الاداءات و التسابر و معاليم كتابة المحكمة او التسجيل المنصوص عليها بتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين للوراق او الوثائق التي ينبغي تقديمها طبقا لتشريعها ، على الاوراق و الوثائق المماثلة التي ينبغي تقديمها طبقا لمقتضيات هذه لاتفاقية او لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى
- ٢) جميع الرسوم و الوثائق و الاوراق المختلفة التي ينبغي تقديمها تطبيقا لهذه الاتفاقية ، تعفى من التعريف بالامضاء .

الفصل التاسع و العشرون :

- ١) يجب ان تعتبر المطالب او الاعلامات او الدعاوى المقدمة طبقا لهذه الاتفاقية او لتشريع دولة متعاقدة لدى سلطة او مؤسسة او هيكل آخر مختص لهذه الدولة كمطالب او اعلامات او دعاوى مقدمة لدى سلطة او مؤسسة او هيكل آخر مختص تابعا للدولة المتعاقدة الاخرى .
- ٢) ان تقديم مطلب في المنازع طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين يوازي أيضا تقديم مطلب في المنازع المناسب طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى المأذونة بعين الاعتبار وفق هذه الاتفاقية . و لاتطبق هذه الاحكام اذا طلب المنتفع صراحة ارجاء تصفية جرائم الشيوخة الراجمة له طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة
- ٣) تقبل المطالب او الاعلامات او الدعاوى التي كان ينبغي تقديمها طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين لسلطة او مؤسسة او هيكل آخر مختص تابعة لهذه الدولة في أجل معين ، تقبل اذا ما وقع تقديمها الى سلطة او مؤسسة او هيكل آخر مختص تابعة للدولة المتعاقدة الاخرى في نفس الاجل .

٤) في الحالات المتصوص عليها بالفقرات من (١) إلى (٣) فإن السلطة و المؤسسة أو الهيكل الذي تم اشعاره يحمل بدون تأخير هذه المطالبة و التصاريح أو الطعون إلى السلطة أو المؤسسة أو الهيكل المختص للدولة المتعاقدة الأخرى أما مباشرة و أما بواسطة السلطة المختصة للدولتين المتعاقدتين .

#### الفصل الثلاثون:

١) تسدد الهيئات المختصات المنافع المستحقة طبقاً لهذه الاتفاقية بعملتها الوطنية ويتم التحويل بقيمة العملة الجاري بها العمل عند تاريخ التحويل .

٢) تضبط مبالغ الاسترجاع المنصوص عليها بهذه الاتفاقية بعملة الدولة المتعاقدة للمؤسسة المختصة التي أسدت المنافع .

٣) يقع تحويل المبالغ الناتجة عن تطبيق هذه الاتفاقية طبقاً للإجراءات المنصوص عليها بالتشريع الجاري به العمل في هذا الميدان في كل من الدولتين المتعاقدتين عند تاريخ التحويل .

#### الفصل الواحد و الثلاثون :

بالنسبة لللاحكم القابلة للتنفيذ الصادرة عن السلطة القضائية و كذلك الرسوم ذات الصبغة الرسمية القابلة للتنفيذ من قبل السلطة و المؤسسات المختصة لدولة متعاقدة في مادة الضمان الاجتماعي حسب الفصل ٢ فان الاتفاقية الموقعة بتاريخ ٣ جوان ١٩٧٧ بين جمهورية النساء و الجمهورية التونسية و المتعلقة بالاعتراف و تنفيذ الأحكام العدلية و الرسوم ذات الصبغة الرسمية في المادة المدنية و التجارية، تطبق بالقياس .

#### الفصل الثاني و الثلاثون :

يمكن ان تخجز التسبقات المدفوعة من قبل مؤسسة مختصة لدولة متعاقدة من المتأخرات التي بذمة مراعسة الدولة المتعاقدة الأخرى بعنوان منفعة مماثلة، اذا دفعت مراعسة دولة متعاقدة مبلغاً يفوق المبلغ الذي يستحقه المعنى بالأمر و اذا كانت مراعسة الدولة المتعاقدة

## 1182 der Beilagen

31

( ٢١ )

الآخر مطالبة فيما بعد بتسديد مفعمة مائة تسلق بتعس الفترة ،  
وان المبلغ الذي دفع زائدا من قبل الدولة المتعاقدة الأولي  
يتعس ، اعتباره تسقة على معتس الخليل الأولى وذلك في  
حدود مبلغ المتاخرات المحولية على الدولة الثانية .

( ٢ ) إذا تم تسلق مفعمة من الرعاية الاجتماعية أو من قسم  
وقيمة للأشخاص ضد السطالة لغاية مستفج في دولة ضعاقدة  
خلال فترة يكتسب فيها المعنى بالامر الحق في مفاصع تقديم  
فإن المؤسسة المختصة أو الهيكل المسدد بتربي حبر متأخرات  
مفعمة بعنوان نفس الفترة وذلك يطلب من الهيكل المعني  
والمساهم ، فس حدد المفعمة التي وقوع صروفه .

( ٣ ) يقسم الحجز المنعوس عليه في الفترتين ( ١ ) و ( ٢ ) طبقا  
للمقتضيات شريع الدولة المتعاقدة السطاق على المؤسسة المختصة التي  
تقسمه بهذا الحجز .

**الفصل الثالث و الثلاثون**

( ١ ) يقع حل العلاقات المتعلقة بشرع أو تطبيق مفهوم  
بالطريق الدبلوماسي و يطلب من دولة متعاقدة وفي مرحلة  
ثانية يمكن عرض الخلاف أمام لجنة مشتركة تتكون من عدد  
متساو من ممثلي السلطة المختصة للدولتين المتعاقدين و يمكن  
إن يسم كل واحد خبراء .

**الفصل الرابع و الثلاثون**

一一一

١ - تعيين كل من الدولتين المتعاقدين حكما في ظرف شهر من تاريخ استلام مطلب التحكيم ويختار الحكمان المعينان في ظرف شهرين من اعلام الدولة المتعاقدة الاخرية التي عينت حكمها ، حكمما ثالثا من بذلك آخر .

غير انه فى صورة ما اذا كان رئيس محكمة العدل الدولية مواطن من احدى الدولتين المتنازعن فإن الوظائف المخولة له طبقا ل لهذا الفعل ترکل حسب الترتيب التنازلى الى نائب رئيس المحكمة او الى رئيس المحكمة لا يكتفى بهذه الوضعية .

٣) تقرر لجنة التشكك بالغيبة الأوصات وقراراتها ملزمة للدولتين المعترضتين . تتکل كل من الدولتين المعترضتين بمصاريف الحكم الذي تمثیل و توزع بعده المصادرات مناصفة بين الدولتين المعترضتين و تضطط لجنة التشكك بتنفيذها أحسر اتهما .

## العنوان الخامس : أحكام انتقالية ونهائية

الفصل الخامس و الشاشون :

(١) لا تشمل هذه الاتفاقية أى حق في دفع المدفوعات بالتسهيل لغيره  
الإثناقية حظر التطبيق توفره بموجب الاعتراض لضيغ المدفوعات في المدفوعات طبقاً لاحكام هذه الاتفاقية .

## 1182 der Beilagen

33

( ٤٣ )

٣) دون اخلال بمقتضيات الفقرة (١) فان هذه الاتفاقية تطبق أيضا على حالات التأمين الواقعه قبل دخولها حيز التطبيق و ذلك طالما لم تؤود الحقوق التي تمت تصفيتها الى اسناد رأس مال

و في هذه الحالات تسوى طبقا لاحكام هذه الاتفاقية

أ - المنافع المستحقة طبقا لهذه الاتفاقية فحسب و ذلك بطلب من المعنى بالامر و انطلاقا من تاريخ دخول الاتفاقية حيز التطبيق

ب - المنافع المدعاة قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق بطلب من المعنى بالامر

اذا وقع تقديم مطلب الضبط أو المراجعة في ظرف سنتين من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق تسد المنافع ابتداء من تاريخ العمل بهذه الاتفاقية و الابداية من التاريخ المحدد طبقا لتشريع كل من الدولتين المتعاقدتين.

٤) أما عن الحقوق المنجرة عن تطبيق الفقرة (٣) فان المقتضيات المنصوص عليها بتشريعات كل من الدولتين المتعاقدتين فيما يتعلق بافتقاد الحق أو سقوطه بمرور الزمن لا يمكن أن تstem مواجهة المعنيين بالامر بها ، اذا تم تقديم المطلب المشار اليه بالفقرة (٣) في ظرف سنتين من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق .

و اذا تم تقديم المطلب بعد فوات هذا الاجل فان الحق في المنافع الذي لم يشطه الغاء أو سقوط بمرور الزمن يكتسب ابتداء من تاريخ المطلب الا اذا نص تشريع دولة متعاقدة على مقتضيات أفضل

٥) ينطبق الفصل ٣٦ الفقرة (١) بالقياس على الحالات المشار اليها بالفقرة (٣) الفقرة الفرعية - ب -

الفصل السادس والثلاثون :

الحقوق المخولة طبقاً للتشريع النمساوي لشخص أصبح بضرر  
في مادة الضمان الاجتماعي لأسباب سياسة أو دينية أو عرقية  
لا شملها هذه الاتفاقية .

الفصل السادس والثلاثون :

١) تتم المصادقة على هذه الاتفاقية ويقع تبادل وثائق  
التصديق عليها في أقرب الآجال \_\_\_\_ في \_\_\_\_

٢) تدخل هذه الاتفاقية حيز التطبيق في اليوم الأول من الشهر  
الثالث الموالي للشهر الذي يقع خلاله تبادل وثائق التصديق

٣) أبرمت هذه الاتفاقية لمدة غير محددة و يمكن لكل من  
الدولتين المتعاقدتين تفقها بالطرق الدبلوماسية بعد اتفاق  
سنة مدنية على أن يقع الاعلام المسبق بذلك قبل ثلاثة أشهر

٤) في صورة النقض تبقى مقتضيات هذه الاتفاقية  
سارية المفعول على الحقوق المكتسبة ، بصرف النظر عن الأحكام  
التنفيذية التي قد تقتضيها النظم المعنية في صورة إقامة متمتع بالخارج  
بموجب هذا امضا المندوبان المفوضان للطرفين هذه الاتفاقية  
و وضعوا بها خاتميه \_\_\_\_ .

حررت هذه الاتفاقية في تونس بتاريخ ٤ ديسمبر ١٩٨٩  
في نسختين أصليتين باللغات العربية والالمانية والفرنسية وللنصوص  
الثلاثة قووة الرزامة متساوية وعند الاختلاف في التفسير يعتمد التصر  
الفرنسي .

عن جمهورية تونس \_\_\_\_ \_\_\_\_  
عن الجمهورية النمساوية \_\_\_\_ \_\_\_\_

ESCHEIKH

MOCK

## 1182 der Beilagen

35

بروتوكول نهائى  
لاتفاقية الضمان الاجتماعى

بين

جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية

عند توقيع الاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعى المبرمة  
بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية ، اتفق مفوضا  
الدولتين المتعاقدتين على الاحكام التالية :

I ) بخصوص الفصل ٤ من اتفاقية

لأتمتis هذه الاحكام كاملاً :

أ - بقواعد توزيع الاعباء في مادة التأمين المنصوص عليها  
باتفاقيات الدولتين المتعاقدتين مع دول أخرى

ب - بتشريعات الدولتين المتعاقدتين المتعلقة بتأمين الأشخاص  
المستخدمين لدى هيئة رسمية لأحدى الدولتين المتعاقدتين بذلك  
آخر ، أو أعضاء هذه الهيئات

ج - بمقتضيات التشريع النمساوي المتعلق بالأخذ بعين الاعتبار  
لفترات الخدمة العسكرية اثناء الحرب و الفترات المشابهة لها

د - بمقتضيات التشريع النمساوي المتعلق بتمثيل المضمونين  
و الموعززين لدى هاكل الموئسسات و الجامعات وكذلك لدى  
المحاكم فى مادة الضمان الاجتماعى .

## 1182 der Beilagen

36

)

II ) ينحصر الفصل ٥ من الاتفاقية

طبقاً للتشريع النمساوي فإن هذه المقتضيات لا تطبق على:

١ - النحوه التمويشه

ب - إجزاء الملاييف النمساوية المستحقة بعوانه

١) فترات التأمين العقائد طبقاً للقانون الغير إلى السوبريخ فرس ٢٩ نونبر ١٩٦١ المتعلقة بالحقوق في الملاييف أو الحقوق المستحقة في مادة التأمين على الشخوخة اثر ممارسة نشاط سوبريخ خارج النمسا أو

٢) فترات النشاط المستحقة المقصدة نيلج النمسا وفي تسلراب السلطة النمساوية المجاري

III) ينحصر الفصل ١١ من الاتفاقية

في الحالات المشار إليها بالفصل ٩ بالفقرة (٢) يحمل تضليل النافذ في المنشوحة لأولئك الحق في التأمين على الشخوخة النمساوي على مساهمات التأمين على المرض المدفوعة من قبل المستضعفين بحرابة إلى: hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

١) ينحصر الفصل ٢٠ إلى ٢٢ من الاتفاقية

١ - لا يتضمن الحق في الملاييف إلا إذا كان التشغيل غير مختلف للمقتضيات الباري بها العمل في مادة تشغيل المعلمات الأجانب

ب - لا يتضمن الحق في الملاييف العائلية طبقاً للتشريع النمساوي إلا إذا كان الاشتغال بالنساء يمتد على فترة إدامة شهر من الرزامة الجلدية . لا تطبق مقتضيات العمل ٢٢ ، الفقرة (١) المتعلقة بالتجميع فيما يتعلق بغيره الترجمة منه .

( ۲ )

ج - لا يتوفّر الحق في الانتفاع بالزيادة في المنحة العائليّة المسندة طبقاً للتشريع النمساوي إلى الأطفال المعاقين ، الا اذا كان هؤلاء الأطفال مقيمين بمفهّمة دائمة بالنمسا .

ان هذا البروتوكول النهائي جزء من اتفاقية الضمان الاجتماعي  
بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية و يدخل حيز التنفيذ  
في نفس تاريخ دخول الاتفاقية حيز التطبيق و يبقى ساري  
المفعول طوال سريان هذه الأخيرة .

بموجب هذا أمضى المندوبان المفوضان للطرفين من هذا البروتوكول النهائي ووضعا به خاتمهما.

حرر هذا البروتوكول في تونس بتاريخ ١٤ ديسمبر ١٩٨٩  
في نسختين أصليتين باللغات العربية و الألمانية و الفرنسية  
و للنصوص الثلاث قوة الرامنة متساوية و عند الاختلاف فـ  
التفسير يعتمد النص الفرنسي.

الجمهورية التونسية

100

ESCHEIKH

جامعة النجاح  
Nablus  
MOCK

## CONVENTION

### ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE

Le Président Fédéral de la République d'Autriche  
et

Le Président de la République Tunisienne  
animés du désir de régler les rapports réciproques  
entre les deux Etats dans le domaine de la sécurité  
sociale, ont résolu de conclure une Convention et, à  
cet effet, ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

Le Président Fédéral de la République d'Autriche,  
Dr. Alois Mock, Ministre Fédéral des Affaires  
Etrangères et le Président de la République  
Tunisienne, Monsieur Abdelhamid Escheikh, Mi-  
nistre des Affaires Etrangères lesquels, après avoir  
échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et  
due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

#### TITRE I<sup>er</sup>

#### DISPOSITIONS GENERALES

##### Article 1<sup>er</sup>

(1) Pour l'application de la présente Convention

1. le terme «Autriche» désigne la République d'Autriche,  
le terme «Tunisie» désigne la République Tunisienne;
2. le terme «territoire» désigne pour l'Autriche son territoire fédéral,  
pour la Tunisie le territoire de la République Tunisienne;
3. le terme «ressortissant» désigne pour l'Autriche ses nationaux,  
pour la Tunisie ses nationaux selon la loi tunisienne en cette matière;
4. le terme «législation» signifie les lois, règlements et dispositions statutaires qui se réfèrent aux branches de la sécurité sociale visées au paragraphe (1) de l'article 2;
5. le terme «autorité compétente» désigne en ce qui concerne l'Autriche les Ministres fédéraux chargés de l'application des législations visées au numéro 1 du paragraphe (1) de l'article 2,  
en ce qui concerne la Tunisie le Ministre des Affaires Sociales;
6. le terme «institution» désigne les organismes ou l'autorité auxquels incombe l'application, en tout ou en partie, des législations visées au paragraphe (1) de l'article 2;

7. le terme «institution compétente» désigne l'institution à laquelle l'assuré est affilié au moment de la demande de prestations ou de la part de laquelle il a droit à prestations ou aurait droit à prestations s'il résidait sur le territoire de l'Etat contractant où se trouve cette institution;

8. le terme «membre de famille» désigne un membre de famille d'après la législation en vigueur dans l'Etat contractant où se trouve le siège de l'institution à la charge de laquelle les prestations sont accordées;

9. les termes «prestations en espèces, rentes ou pensions» désignent une prestation en espèces, rente ou pension, y compris tous les éléments à charge des fonds publics, les majorations de revalorisation, allocations supplémentaires ainsi que les prestations en capital et les versements effectués à titre de remboursement des cotisations;

10. le terme «allocations familiales» désigne pour l'Autriche les allocations familiales, pour la Tunisie les allocations familiales.

(2) Pour l'application de la présente Convention, tous les autres termes ont la signification qui leur est attribuée dans les législations respectives.

##### Article 2

(1) La présente Convention s'applique aux législations concernant

1. en Autriche:
  - a) l'assurance-maladie,
  - b) l'assurance-accidents,
  - c) l'assurance-pension,
  - d) les allocations familiales;
2. en Tunisie:
  - a) l'assurance-maladie, maternité et décès,
  - b) l'assurance-accidents du travail et maladies professionnelles,
  - c) l'assurance-pension,
  - d) les allocations familiales.

(2) La présente Convention ne s'applique ni aux législations concernant une nouvelle branche de la sécurité sociale, ni aux systèmes d'indemnisation en faveur des victimes de guerre et de ses conséquences; elle ne s'applique pas non plus

en ce qui concerne l'Autriche  
à la législation sur l'assurance des notaires,

en ce qui concerne la Tunisie  
à la législation concernant les agents relevant du secteur public.

(3) Les dispositions légales résultant des accords internationaux conclus avec les Etats tiers ou qui servent à leur exécution, pour autant qu'elles ne contiennent pas de règles de répartition des charges

en matière d'assurance, n'entrent pas en considération dans les rapports entre les Etats contractants.

cette règle vaut également si le siège de l'employeur se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

### Article 3

(1) À moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention est applicable aux ressortissants des Etats contractants ainsi qu'aux membres de leur famille et à d'autres personnes en ce qui concerne les droits dérivés des droits d'un ressortissant de l'un des Etats contractants.

(2) La présente convention ne s'applique ni aux agents diplomatiques ou consuls professionnels, ni au personnel administratif et technique des représentations diplomatiques et consulaires professionnelles des Etats contractants, ni aux membres de personnel de service de ces représentations, ni aux domestiques privés engagés exclusivement chez ces agents diplomatiques, consuls professionnels et membres de représentations dirigées par les consuls professionnels. La situation juridique de ces personnels est régie par les dispositions de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 ou de la Convention de Vienne sur les relations consulaires du 24 avril 1963.

### Article 4

A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les ressortissants de chacun des deux Etats contractants sont assimilés aux ressortissants de l'autre Etat contractant pour l'application de la législation de celui-ci.

### Article 5

A moins qu'il n'en soit autrement disposé par la présente Convention, les prestations en espèces d'invalidité, de vieillesse ou de survivants, les rentes d'accident du travail ou de maladie professionnelle et les allocations au décès acquises au titre de la législation d'un Etat contractant ne peuvent subir aucune réduction, ni modification, ni suspension, ni suppression, ni confiscation du fait que le bénéficiaire séjourne ou réside sur le territoire de l'autre Etat contractant.

## TITRE II

### DISPOSITIONS DÉTERMINANT LA LÉGISLATION APPLICABLE

#### Article 6

Sous réserve des dispositions de l'article 7, l'obligation d'assurance est déterminée selon la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'activité professionnelle est exercée. En cas de l'exercice d'une activité professionnelle salariée,

### Article 7

(1) Le travailleur occupé par une entreprise ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant et qui est détaché sur le territoire de l'autre Etat contractant reste soumis à la législation du premier Etat contractant pendant les 24 premiers mois de calendrier de son occupation.

(2) Le travailleur qui est occupé par une entreprise d'aviation ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant et qui est détaché de ce territoire sur le territoire de l'autre Etat contractant reste soumis à la législation du premier Etat contractant.

(3) L'équipage d'un bâtiment maritime ainsi que d'autres personnes qui sont occupées d'une façon permanente sur un tel bâtiment, sont soumis à la législation de l'Etat contractant dont le bâtiment en question bât pavillon.

(4) Les personnes occupées par des services administratifs publics détachés du territoire d'un Etat contractant sur le territoire de l'autre Etat contractant, et le personnel qui selon la législation applicable leur est assimilé sont soumis à la législation de l'Etat contractant qui les occupe.

### Article 8

(1) Sur demande commune du travailleur salarié et de son employeur, les autorités compétentes des deux Etats contractants, en considération de la nature et des conditions de l'emploi, pourront convenir d'admettre l'exemption des dispositions des articles 6 et 7.

(2) Lorsque d'après le paragraphe (1) un travailleur salarié est soumis à la législation d'un des Etats contractants tout en exerçant son activité salariée sur le territoire de l'autre Etat contractant, la législation est applicable comme si l'intéressé exerçait cette activité sur le territoire du premier Etat contractant.

## TITRE III

### DISPOSITIONS PARTICULIERES

#### Chapitre 1<sup>er</sup>

#### Maladie et Maternité

#### Article 9

(1) Lorsque le titulaire de pensions dues en vertu de la législation des deux Etats contractants, réside sur le territoire d'un Etat contractant, les prestations en nature lui sont servies, ainsi qu'aux membres de sa famille, par l'institution du lieu de sa résidence,

comme s'il était titulaire d'une pension due en vertu de la seule législation de l'Etat contractant de résidence. Lesdites prestations sont à la charge de l'institution de l'Etat contractant de résidence.

(2) Lorsque le titulaire d'une pension due en vertu de la législation d'un seul des Etats contractants réside sur le territoire de l'autre Etat contractant, les prestations en nature sont servies à lui-même et aux membres de sa famille par l'institution du lieu de sa résidence comme s'il était titulaire d'une pension due en vertu de la législation de l'Etat contractant de sa résidence. Ces prestations sont à la charge de l'institution compétente de l'Etat contractant dans lequel l'institution débitrice de la pension a son siège.

#### Article 10

Les prestations en nature prévues par le paragraphe (2) de l'article 9 sont servies

En Autriche  
par la «Gebietskrankenkasse» compétente respectivement pour le lieu de résidence de la personne intéressée,

En Tunisie  
par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale.

#### Article 11

(1) En ce qui concerne les prestations en nature servies dans les cas visés au paragraphe (2) de l'article 9, l'institution compétente est tenue de rembourser le montant desdites prestations.

(2) Après consultation des institutions intéressées les autorités compétentes peuvent convenir dans un souci de simplification administrative que les remboursements sur facture sont remplacés par des remboursements forfaitaires.

### Chapitre 2 Maladies Professionnelles

#### Article 12

(1) Les prestations en cas de maladie professionnelle susceptible d'être réparée en vertu de la législation des deux Etats contractants ne sont accordées qu'au titre de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'emploi susceptible de provoquer une maladie professionnelle de cette nature a été exercé en dernier lieu, et sous réserve que l'intéressé remplisse les conditions prévues par cette législation.

(2) Dans les cas de la silicose et de l'asbestose les prestations en espèces, y compris les rentes, à verser conformément au paragraphe (1), sont remboursées à 50 % par l'institution de l'autre Etat contractant à

l'institution qui les a servies. Ceci ne vaut pas si la période d'activité accomplie dans l'autre Etat contractant susceptible de provoquer la silicose ou l'asbestose n'atteint pas 10 % de la période d'activité totale susceptible de provoquer la silicose ou l'asbestose dans les deux Etats contractants.

(3) Si la législation d'un Etat contractant subordonne le bénéfice des prestations de maladie professionnelle à la condition que la maladie ait été constatée médicalement pour la première fois sur le territoire de cet Etat contractant, cette condition est réputée remplie lorsque ladite maladie a été constatée pour la première fois sur le territoire de l'autre Etat contractant.

#### Article 13

Lorsque, en cas d'aggravation d'une maladie professionnelle, une personne qui a bénéficié ou qui bénéficie d'une réparation pour une maladie professionnelle en vertu de la législation d'un Etat contractant fait valoir, pour une maladie professionnelle de même nature, des droits à prestations, en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, les règles suivantes sont applicables:

- Si la personne n'a pas exercé sur le territoire de ce dernier Etat contractant un emploi susceptible de provoquer la maladie professionnelle ou de l'aggraver, l'institution compétente du premier Etat contractant reste tenue de prendre à sa charge les prestations en vertu de sa propre législation, compte-tenu de l'aggravation.
- Si la personne a exercé sur le territoire de ce dernier Etat contractant un tel emploi, l'institution compétente du premier Etat contractant reste tenue de servir les prestations en vertu de sa propre législation, compte non tenu de l'aggravation; l'institution compétente de l'autre Etat contractant octroie à la personne une prestation dont le montant est déterminé selon la législation de ce second Etat contractant et qui est égal à la différence entre le montant de la prestation due après l'aggravation et le montant qui aurait été dû si la maladie, avant l'aggravation, s'était déclarée sur son territoire.

### Chapitre 3

#### Vieillesse, Invalidité et Décès (Pensions)

#### Article 14

En vue de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit aux prestations, lorsqu'une personne a été soumise successivement ou alternativement à la législation des deux Etats contractants, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la

législation de chacun des deux Etats contractants sont totalisées pour autant qu'elles ne se superposent pas. La question de savoir si et dans quelle mesure il faut tenir compte des périodes d'assurance est réglée conformément à la législation de l'Etat contractant sous le régime d'assurance duquel ces périodes ont été accomplies.

### Article 15

(1) Les prestations auxquelles une personne ayant accompli les périodes d'assurance en vertu des législations des deux Etats contractants, ou les survivants de celle-ci peuvent prétendre, sont liquidées de la manière suivante:

- a) L'institution de chacun des deux Etats contractants détermine, d'après sa propre législation, si l'intéressé réunit les conditions requises pour avoir droit aux prestations prévues par cette législation, compte tenu de la totalisation des périodes visée à l'article 14.
  - b) Si le droit est acquis, ladite institution détermine pour ordre le montant théorique de la prestation à laquelle l'intéressé aurait droit si toutes les périodes d'assurances à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants, avaient été prises en considération exclusivement sous sa propre législation. Si le montant de la prestation ne dépend pas de la durée des périodes d'assurance, ce montant est considéré comme montant théorique.
  - c) Sur la base dudit montant, l'institution fixe le montant dû au prorata de la durée des périodes prises en considération sous ladite législation par rapport à la durée totale des périodes accomplies sous les législations des deux Etats contractants.
  - d) Les bases de calcul ne sont établies que compte tenu des périodes d'assurance accomplies sous la législation nationale que l'institution applique.
  - e) En cas d'application des alinéas b) et c) les périodes d'assurance qui se superposent sont à prendre en considération comme si elles ne se superposaient pas.
- (2) Si les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation de l'un des Etats contractants n'atteignent pas dans leur ensemble douze mois, aucune prestation n'est accordée en vertu de ladite législation. Cette disposition devient sans objet si cette législation prévoit qu'un droit est acquis en vertu des périodes inférieures à cette période minimum.
- (3) Les périodes visées au paragraphe (2) première phrase seront prises en compte par l'institution de l'autre Etat contractant, pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation et pour la détermination du

montant dû comme s'il s'agissait de périodes accomplies d'après sa propre législation.

### Article 16

Les institutions autrichiennes appliquent les articles 14 et 15 d'après les règles suivantes:

1. Pour déterminer l'attribution à un régime et la compétence de ce régime, seules sont prises en considération les périodes d'assurance autrichienne.
2. Les dispositions des articles 14 et 15 ne sont pas applicables à la prime de fidélité des mineurs due au titre de l'assurance-pension autrichienne des mineurs.
3. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa a), sont considérées comme périodes neutres également les périodes pendant lesquelles l'assuré avait droit à une pension de vieillesse ou d'invalidité d'après la législation tunisienne.
4. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa b), les cotisations à l'assurance complémentaire, la prestation supplémentaire pour mineurs, le supplément d'impotence et l'indemnité compensatrice n'entrent pas en ligne de compte.
5. Si en cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants dépasse la durée maximale prévue par la législation autrichienne pour la fixation du montant de majoration, la prestation partielle due est à calculer proportionnellement à la durée des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation autrichienne et au maximum des mois d'assurance précité.
6. Pour le calcul du supplément d'impotence, l'article 15, paragraphe (1), alinéas b) et c), est applicable; l'article 19 est applicable par analogie.
7. Le montant calculé en application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), est augmenté le cas échéant de montants de majoration découlant des cotisations versées à l'assurance complémentaire, de la prestation supplémentaire pour mineurs, du supplément d'impotence et de l'indemnité compensatrice.
8. Si, selon la législation autrichienne, l'octroi des prestations de l'assurance-pension des ouvriers mineurs est subordonné à la condition que des activités d'ouvriers mineurs aient été effectivement exercées dans certaines entreprises définies selon cette législation, seules les périodes d'assurance tunisienne résultant d'une activité similaire accomplie dans une entreprise tunisienne sont prises en compte en vue de la totalisation.
9. Les versements spéciaux sont dûs au prorata de la prestation partielle autrichienne; l'article 19 est applicable par analogie.

**Article 17**

Les institutions tunisiennes appliquent les articles 14 et 15 d'après les règles suivantes:

1. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa b), première phrase, les cotisations pour l'assurance complémentaire n'entrent pas en ligne de compte.

2. Si en cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants dépasse la durée maximale prévue par la législation tunisienne pour la fixation du montant de majoration, la prestation partielle due est calculée proportionnellement à la durée des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation tunisienne et le maximum des mois d'assurance précité.

3. Le montant visé à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), est augmenté le cas échéant du montant des majorations découlant des cotisations qui ont été versées à l'assurance complémentaire.

4. Lorsque l'assuré satisfait aux conditions requises pour avoir droit aux prestations, sans application des dispositions de l'article 14, l'institution tunisienne détermine le montant des prestations en fonction des seules périodes d'assurance accomplies sous la législation tunisienne.

**Article 18**

(1) Si l'intéressé ne remplit pas, à un moment donné, les conditions exigées par les législations des deux Etats contractants qui lui sont applicables, mais satisfait aux conditions d'une seule d'entre elles, sans qu'il soit nécessaire de faire appel aux périodes d'assurance accomplies sous la législation de l'autre Etat contractant, le montant de la prestation sera déterminé en vertu de la seule législation au regard de laquelle le droit est ouvert et compte tenu des seules périodes accomplies sous cette législation.

(2) Une prestation liquidée d'après les dispositions du paragraphe (1), est à réviser en application de l'article 15 lorsqu'il y a ouverture d'un nouveau droit à prestations d'après la législation de l'autre Etat contractant. Cette révision prend effet à partir de la date d'entrée en jouissance de la prestation d'après la législation dudit Etat contractant. La validité de décisions antérieures ne porte aucunement atteinte au caractère définitif de cette révision.

**Article 19**

Lorsqu'une personne peut prétendre à une prestation en vertu de la législation d'un Etat contractant, même compte non tenu de l'article 15, paragraphe (1), alinéa a), et lorsque le montant de

celle-ci dépasse le total des prestations calculées conformément à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la pension partielle à accorder par l'institution de cet Etat contractant se compose de la prestation partielle ainsi calculée, augmentée d'un complément égal à la différence entre le total des prestations calculées conformément à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), et la prestation qui serait due si la législation de cet Etat contractant était seule applicable.

**Chapitre 4****Allocations familiales****Article 20**

(1) Les personnes exerçant une activité professionnelle salariée dans un Etat contractant ont droit aux allocations familiales d'après la légalisation de cet Etat contractant également pour les enfants qui ont leur résidence permanente dans l'autre Etat contractant.

(2) Pour l'ouverture du droit aux allocations familiales, les salariés sont considérés comme s'ils avaient leur domicile exclusivement dans l'Etat contractant où ils exercent l'activité professionnelle.

(3) Le droit aux allocations familiales autrichiennes n'est maintenu pour les enfants ayant leur résidence permanente en Tunisie, au delà de l'âge de 16 ans que s'ils poursuivent une formation scolaire.

**Article 21**

(1) Les allocations familiales accordées d'après la législation autrichienne à des enfants ayant leur résidence permanente en Tunisie, sont fixées à 818,— SA par mois et par enfant. Ce montant est augmenté ou diminué du même pourcentage que les allocations familiales versées pour un enfant en Autriche après le 1<sup>er</sup> janvier 1987.

(2) Pour les enfants ayant atteint l'âge de 10 ans et ayant leur résidence permanente en Tunisie, l'allocation familiale est augmentée de 120,— SA par mois à partir du début de l'année civile au cours de laquelle l'enfant aura atteint ses 10 ans. Ce montant est augmenté ou diminué selon le pourcentage appliqué en Autriche à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1986 à l'augmentation ou la diminution du supplément à l'allocation familiale pour un enfant ayant atteint l'âge de 10 ans.

**Article 22**

(1) Si pour l'ouverture du droit aux allocations familiales la législation d'un Etat contractant prévoit certaines périodes de stage, les périodes équivalentes accomplies dans l'autre Etat contractant sont prises en compte.

(2) Pour l'ouverture du droit aux allocations familiales les salariés percevant des prestations en espèces d'après la législation sur l'assurance-maladie ou l'assurance-chômage d'un Etat contractant sont à considérer comme s'ils étaient employés dans l'Etat contractant dont la législation régit le service des prestations en espèces qui leur sont accordées.

### Article 23

Si en application de la présente Convention une personne remplit successivement au cours d'un mois de calendrier les conditions pour l'ouverture du droit au titre des législations de l'un et de l'autre des Etats contractants, les allocations familiales sont accordées pour le mois en question seulement par l'Etat contractant dont la législation était applicable au début du mois.

### Article 24

Si en application de la présente Convention et conformément aux législations des deux Etats contractants, les conditions sont remplies pour l'ouverture du droit aux allocations familiales pour un enfant dans les deux Etats contractants, les allocations familiales pour cet enfant ne sont accordées que d'après la législation de l'Etat contractant où l'enfant en question a sa résidence permanente.

### Article 25

Pour l'application du présent chapitre sont considérées comme enfants les personnes pour lesquelles des allocations familiales sont prévues selon la législation applicable.

## TITRE IV DISPOSITIONS DIVERSES

### Article 26

(1) Les autorités compétentes fixeront dans un arrangement les mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente Convention. Cet arrangement peut être conclu avant l'entrée en vigueur de la présente Convention; il ne pourra cependant entrer en vigueur au plus tôt qu'à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

(2) Les autorités compétentes des deux Etats contractants

- a) se communiqueront toutes informations concernant les mesures prises pour l'application de la présente Convention;
- b) se communiqueront toutes les informations concernant les modifications de leur législation susceptibles de modifier l'application de la présente Convention.

(3) Pour l'application de la présente Convention, les autorités et les institutions des Etats contractants se prêteront leurs bons offices et agiront comme s'il s'agissait de l'application de leur propre législation. Cette entraide administrative est gratuite.

(4) Les institutions et les autorités des Etats contractants peuvent, aux fins de l'application de la présente Convention, communiquer directement les unes avec les autres ainsi qu'avec les personnes intéressées ou leurs mandataires.

(5) Les institutions et les autorités d'un Etat contractant ne peuvent rejeter les demandes ou autres documents qui leur sont adressés du fait qu'ils sont redigés dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

(6) Les examens médicaux auxquels il est procédé par application de la législation d'un Etat contractant et qui s'appliquent à des personnes séjournant ou résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont, à la demande des services compétents, réalisés à leurs frais par l'institution du lieu de séjour ou de résidence.

(7) En matière d'assistance judiciaire, les dispositions y relatives de droit commun sont applicables.

### Article 27

Afin de faciliter l'application de la présente Convention et notamment en vue de l'établissement de relations simples et rapides entre les institutions entrant en ligne de compte des deux côtes, les autorités compétentes procèdent à la création d'organismes de liaison.

### Article 28

(1) Le bénéfice des exemptions ou réductions de taxes, de timbres, de droits de greffe ou d'enregistrement prévues par la législation d'un Etat contractant pour les pièces ou documents à produire en application de la législation de cet Etat contractant est étendu aux pièces et documents analogues à produire en applications de la présente convention ou de la législation de l'autre Etat contractant.

(2) Tous actes, documents et pièces quelconques à produire pour l'application de la présente Convention, sont dispensés de légalisation.

### Article 29

(1) Les demandes, déclarations ou recours présentés en application de la présente Convention ou de la législation d'un Etat contractant, auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent d'un Etat contractant, doivent

être considérés comme demandes, déclarations ou recours présentés auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(2) Une demande de prestations présentée conformément à la législation de l'un des Etats contractants vaut également la demande d'une prestation correspondante visée par la présente Convention conformément à la législation de l'autre Etat contractant prise en considération par la présente Convention. Cette disposition n'est pas applicable, si le requérant demande expressément de se référer à la liquidation d'une prestation de vieillesse qui serait acquise en vertu de la législation d'un Etat contractant.

(3) Les demandes, déclarations ou recours qui auraient dû être présentés en application de la législation d'un Etat contractant dans un délai déterminé auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de cet Etat contractant, sont recevables s'ils sont présentés dans le même délai auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(4) Dans les cas prévus aux paragraphes (1) à (3) l'autorité, l'institution ou l'organisme ainsi saisi transmet sans retard ces demandes, déclarations ou recours à l'autorité, l'institution ou l'organisme compétent de l'autre Etat contractant, soit directement, soit par l'intermédiaire des autorités compétentes des deux Etats contractants.

### Article 30

(1) Les organismes débiteurs de prestations en vertu de la présente Convention s'en libéreront valablement dans la monnaie de leur pays. La conversion est effectuée au cours du jour valable lors du transfert de la prestation.

(2) Les montants des remboursements prévus par la présente Convention seront libellés dans la monnaie de l'Etat contractant de l'institution qui a assuré le service des prestations.

(3) Les transferts que comporte l'exécution de la présente Convention auront lieu conformément aux accords, en cette matière, en vigueur dans les deux Etats contractants au moment du transfert.

### Article 31

Pour les décisions exécutoires des instances judiciaires ainsi que les actes authentiques exécutoires des institutions et des autorités d'un Etat contractant en matière de sécurité sociale selon l'article 2 la Convention signée le 23 juin 1977 entre la République d'Autriche et la République Tunisienne relative à la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en

matière civile et commerciale, est applicable par analogie.

### Article 32

(1) Les avances payées par une institution d'un Etat contractant peuvent être retenues sur les arriérés d'une prestation correspondante due par une institution de l'autre Etat contractant pour la même période. Lorsque l'institution d'un Etat contractant a versé une prestation dépassant celle à laquelle l'intéressé a droit et lorsque l'institution de l'autre Etat contractant doit verser ultérieurement une prestation correspondante pour la même période, le montant dépassant la prestation due par le premier Etat contractant est à considérer comme avance au sens de la première phrase jusqu'à concurrence du montant des arriérés à verser par le second Etat contractant.

(2) Si une prestation de l'assistance sociale ou une prestation provisoire de l'assurance-chômage a été servie dans un Etat contractant à un bénéficiaire au cours d'une période pour laquelle le bénéficiaire avait droit à des prestations en espèces, l'institution obligée ou l'organisme payant retient, sur demande et pour le compte de l'organisme en question les arriérés d'une prestation relative à cette même période jusqu'à concurrence de la prestation payée.

(3) Les retenues prévues aux paragraphes (1) et (2) s'effectuent conformément aux dispositions de la législation de l'Etat contractant applicable à l'institution qui opère ces retenues.

### Article 33

Lorsqu'une personne qui peut prétendre à des prestations selon la législation d'un Etat contractant pour un dommage survenu sur le territoire de l'autre Etat contractant a le droit de réclamer à un tiers la réparation de ce dommage en vertu de la législation de ce dernier Etat contractant l'institution du premier Etat contractant lui est substituée dans le droit à réparation selon la législation qu'elle applique.

### Article 34

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention seront réglés par la voie diplomatique. Sur demande d'un Etat contractant et en second lieu le différend peut être soumis à une commission ad-hoc qui se composera, en nombre égal, de représentants des autorités compétentes des deux Etats contractants. Chaque délégation pourra comprendre des experts.

(2) Au cas où un différend ne pourrait être réglé de cette manière, il sera, sur demande d'un Etat contractant, soumis à un tribunal arbitral qui sera constitué de la manière suivante:

## 1182 der Beilagen

45

- a) Chacun des Etats contractants désignera un arbitre dans un délai d'un mois à partir de la date de réception de la demande d'arbitrage. Les deux arbitres ainsi nommés choisiront dans un délai de deux mois après la notification de l'Etat contractant qui a désigné son arbitre le dernier, un troisième arbitre ressortissant d'un Etat tiers.
- b) Dans le cas où l'un des Etats contractants n'aura pas désigné d'arbitre dans le délai fixé, l'autre Etat contractant pourra demander au président de la Cour Internationale de Justice de le désigner. Il en sera de même, à la diligence de l'un ou l'autre Etat contractant à défaut d'entente sur le choix du tiers arbitre par les deux arbitres.
- c) Toutefois, au cas où le président de la Cour Internationale de Justice serait un ressortissant de l'un des Etats contractants, les fonctions qui lui sont dévolues par le présent article seront confiées selon l'ordre de préséance au vice-président de la Cour ou au premier membre de la Cour qui ne serait pas dans cette situation.

(3) Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires à l'encontre des deux Etats contractants. Chacun des Etats contractants prend à sa charge les frais afférents à l'arbitre qu'il désigne. Les autres frais sont répartis également entre les deux Etats contractants. Le tribunal arbitral fixe lui-même sa procédure.

## TITRE V

## DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

## Article 35

(1) La présente Convention n'ouvre aucun droit au paiement de prestations pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.

(2) Toute période d'assurance accomplie en vertu de la législation d'un Etat contractant avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention est prise en considération pour la détermination du droit aux prestations s'ouvrant conformément aux dispositions de la présente Convention.

(3) Sans préjudice des dispositions du paragraphe (1) la présente Convention s'applique également aux cas d'assurance survenus avant son entrée en vigueur pour autant que les droits antérieurement liquidés n'aient pas donné lieu à un règlement en capital. Dans ces cas sont liquidées d'après les dispositions de la présente Convention:

- a) les prestations dues seulement en vertu de cette Convention, sur demande de l'intéressé et à partir de l'entrée en vigueur de cette Convention,
- b) les prestations liquidées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention sur demande de l'intéressé.

Si la demande en fixation ou révision est présentée dans un délai de deux ans à partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention les prestations sont accordées à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, sinon à partir de la date déterminée suivant la législation de chacun des Etats contractants.

(4) Quant aux droits résultants de l'application du paragraphe (3), les dispositions prévues par les législations des deux Etats contractants en ce qui concerne la déchéance ou la prescription des droits ne sont opposables aux intéressés, si la demande visée au paragraphe (3) est présentée dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Si la demande est présentée après l'expiration de ce délai, le droit aux prestations qui n'est pas frappé de déchéance ou qui n'est pas prescrit est acquis à partir de la date de la demande, à moins que les dispositions plus favorables de la législation d'un Etat contractant ne soient applicables.

(5) L'article 32, paragraphe (1), sera applicable par analogie aux cas visés au paragraphe (3), alinéa b).

## Article 36

Les droits revenant en vertu de la législation autrichienne à une personne qui pour des raisons politiques, de religion ou de race a subi un préjudice en matière de sécurité sociale, ne sont pas affectés par la présente Convention.

## Article 37

(1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Vienne.

(2) La présente Convention prendra effet le premier jour du troisième mois qui suit le mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

(3) La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant peut dénoncer par la voie diplomatique la présente Convention à l'expiration d'une année civile en respectant un délai de préavis de trois mois.

(4) En cas de dénonciation, les dispositions de la présente Convention resteront applicable aux droits acquis, nonobstant les dispositions restrictives que les régimes intéressés prévoiraient pour le cas de séjour à l'étranger d'un assuré.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leur sceau.

FAIT A Tunis le 4 décembre 1989 en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe

et française. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour la République d'Autriche:  
**Mock**

Pour la République Tunisienne:  
**Escheikh**

### PROTOCOLE FINAL

#### A LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE

Au moment de procéder à la signature de la Convention sur la Sécurité Sociale entre la République d'Autriche et la République Tunisienne, les Plénipotentiaires des deux Etats contractants sont convenus des dispositions suivantes:

##### I. Au sujet de l'article 4 de la Convention:

Cette disposition ne porte pas atteinte

- a) aux règles de répartition des charges en matière d'assurance prévues dans les accords entre les Etats contractants avec des Etats tiers;
- b) aux législations des deux Etats contractants relatives à l'assurance des personnes employées auprès d'une représentation officielle d'un des deux Etats contractants dans un Etat tiers ou des membres de ces représentations;
- c) aux dispositions de la législation autrichienne relative à la prise en compte de périodes de service militaire de guerre et de périodes qui leur sont assimilées;
- d) aux dispositions de la législation autrichienne relative à la représentation des assurés et des employeurs dans les organes des institutions et des fédérations ainsi que dans les juridictions en matière de sécurité sociale.

##### II. Au sujet de l'article 5 de la Convention:

Conformément à la législation autrichienne, cette disposition ne se réfère pas

- a) à l'indemnité compensatrice;
- b) aux parties de la prestation autrichienne dues en fonction
  - i) des périodes d'assurance accomplies conformément à la loi fédérale du 22 novembre 1961 relative aux droits à

prestations et aux expectatives en matière d'assurance-pension par suite d'une activité salariée à l'extérieur de l'Autriche ou

- ii) des périodes d'activité indépendante accomplies à l'extérieur de l'Autriche sur le territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise.

##### III. Au sujet de l'article 11 de la Convention:

Dans les cas visés à l'article 9 paragraphe (2) le remboursement des prestations accordées aux ayants-droit de l'assurance-pension autrichienne est à effectuer à charge des cotisations d'assurance-maladie des pensionnés percues par le « Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger »

##### IV. Au sujet des articles 20 à 22 de la Convention:

- a) Le droit aux allocations familiales n'existe que si l'occupation n'est pas contraire aux prescriptions en vigueur en matière d'occupation des travailleurs étrangers.
- b) Le droit aux allocations familiales d'après la législation autrichienne n'existe que si l'occupation en Autriche s'étend sur une durée d'au moins un mois de calendrier entier. Les dispositions de l'article 22 paragraphe (1) concernant la totalisation ne sont pas appliquées en ce qui concerne cette période de stage.
- c) Le droit à une majoration de l'allocation familiale accordée selon la législation autrichienne pour des enfants handicapés, n'existe que si ces enfants ont leur résidence permanente en Autriche.

Ce protocole final fait partie intégrante de la Convention entre la République d'Autriche et la République Tunisienne sur la Sécurité Sociale. Il entre en vigueur à la même date que la Convention et reste en vigueur aussi longtemps que celle-ci.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ont signé le présent protocole final et l'ont revêtu de leur sceau.

FAIT A Tunis le 4 décembre 1989 en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe et française. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour la République d'Autriche:  
**Mock**

Pour la République Tunisienne:  
**Escheikh**

**VORBLATT****Problem:**

Die Soziale Sicherheit von Personen, die in Österreich und Tunesien Versicherungszeiten zurückgelegt haben, ist insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung allein auf Grund der jeweils national geltenden Bestimmungen nicht umfänglich gewährleistet.

**Ziel und Inhalt:**

Durch das vorliegende Abkommen wird ein umfassender Schutz insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung durch die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch, die Leistungsfeststellung entsprechend dem jeweiligen Zeitenverhältnis und den Leistungsexport sichergestellt.

**Alternativen:**

Keine.

**Kosten:**

Keine.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

#### 1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-tunesische Abkommen über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll enthält gesetzändernde und gesetzesergänzende Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Verfassungsändernde Bestimmungen sind in dem Abkommen nicht enthalten.

Die Zuständigkeit des Bundes zum Abschluß des Abkommens ergibt sich aus Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG („äußere Angelegenheiten“).

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des Abkommens ist zu bemerken, daß aus der Durchführung des Abkommens dem Bund keine Vermehrung des Personalaufwandes erwachsen wird. Bezuglich des Sachaufwandes des Bundes ist festzustellen, daß eine Vermehrung in den Bereichen der Kranken- und Unfallversicherung unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage nicht eintreten wird. Im Bereich der Pensionsversicherung ist das Ausmaß eines allfälligen Pensionsmehraufwandes im vorhinein weder bestimmbar noch abschätzbar, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Pensionsversicherungsträger aber zweifellos im Hinblick auf die geringe Fluktuation von erwerbstätigen Personen zwischen den beiden Vertragsstaaten ohne Bedeutung. Der Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung wird daher praktisch nicht berührt werden. In bezug auf die Familienbeihilfe sind die finanziellen Auswirkungen unbedeutend, zumal die vom Abkommen erfaßte Anzahl der in Frage kommenden Fälle jedenfalls gering ist.

#### 2. Werdegang des Abkommens

Im Zusammenhang mit Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Anwerbeabkommens zwischen beiden Staaten hat die tunesische Seite bereits im Jahre 1970 den Wunsch nach Abschluß eines Abkommens über Soziale Sicherheit bekundet. Obgleich

ein solches Anwerbeabkommen in der Folge nicht abgeschlossen worden ist, wurde dieser tunesische Wunsch aufrechterhalten, sodaß über Ersuchen des österreichischen Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1982 Expertenbesprechungen betreffend ein Abkommen über Soziale Sicherheit zwischen beiden Staaten aufgenommen wurden. Diese Besprechungen wurden in den Jahren 1983, 1984 und 1986 fortgesetzt und im April 1987 abgeschlossen, wobei Einvernehmen über den Entwurf eines Abkommens samt Schlußprotokoll erzielt wurde. Nachdem auf Grund des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens keine Änderungen erforderlich waren, wurde das Abkommen in der Folge unterzeichnet.

#### 3. Das Abkommen samt Schlußprotokoll im allgemeinen

Das Abkommen entspricht in materiellrechtlicher Hinsicht den in letzter Zeit von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen.

Das Abkommen ist in fünf Abschnitte gegliedert:

**Abschnitt I** enthält allgemeine Bestimmungen und legt im wesentlichen den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich, den Grundsatz der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie die Gebietsgleichstellung hinsichtlich der Gewährung von Geldleistungen insbesondere aus der Unfall- und Pensionsversicherung fest.

**Abschnitt II** normiert in bezug auf die jeweils hinsichtlich der Versicherungspflicht anzuwendenden Rechtsvorschriften den Territorialitätsgrundsatz sowie Ausnahmen von diesem Grundsatz und sieht die Möglichkeit vor, im Einzelfall Ausnahmen hievon zu vereinbaren.

**Abschnitt III** enthält die besonderen Bestimmungen betreffend die einzelnen Leistungssarten:

Für den Bereich der **Krankenversicherung** ist lediglich eine Zuordnung der Pensionsbezieher zu dem für den jeweiligen Wohnort zuständigen Versicherungsträger vorgesehen.

In der **Unfallversicherung** wird die Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen

## 1182 der Beilagen

49

grundätzlich dem zuletzt zuständig gewesenen Versicherungsträger zugeordnet.

Im Bereich der **Pensionsversicherung** erfolgt die Leistungsfeststellung sowohl auf österreichischer als auch auf tunesischer Seite unter Zusammenrechnung der in den beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten entsprechend dem Zeitenverhältnis (pro-rata-temporis).

Auf dem Gebiet des **Familienlastenausgleiches** werden nur die Familienbeihilfen in das Abkommen einbezogen. Es wurde das Arbeitslandprinzip gewählt, wonach Familienbeihilfen ausschließlich von dem Vertragsstaat zu gewähren sind, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird, wobei Einschränkungen hinsichtlich der Höhe der Familienbeihilfe und des Lebensalters des Kindes bei jenen Kindern vorgesehen sind, die sich ständig in Tunesien aufhalten.

**Abschnitt IV** enthält verschiedene Bestimmungen über die Durchführung und Anwendung des Abkommens.

**Abschnitt V** enthält Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Das **Schlußprotokoll**, das einen Bestandteil des Abkommens bildet, enthält im wesentlichen Bestimmungen, durch die einzelne Regelungen des Abkommens ergänzt werden bzw. die zur Durchführung des Abkommens im innerstaatlichen Bereich eines Vertragsstaates erforderlich sind.

#### 4. Übersicht über das tunesische System der Sozialen Sicherheit

Das tunesische System der Sozialen Sicherheit umfaßt

- die Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung,
- die Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung,
- die Pensionsversicherung,
- die Familienbeihilfe und
- die Arbeitslosenversicherung.

Der Bereich der Arbeitslosenversicherung wurde erst jüngst in Tunesien als System der Sozialen Sicherheit eingeführt. Die von Tunesien bisher geschlossenen Abkommen enthalten grundsätzlich keine Regelungen in diesem Bereich. Die tunesische Seite hat daher auch im Verhältnis zu Österreich nicht gewünscht, diesbezügliche Regelungen vorzusehen. Im Hinblick auf die geringe Fluktuation von erwerbstätigen Personen zwischen den beiden Vertragsstaaten kommt diesem Bereich auch aus österreichischer Sicht im Verhältnis zu Tunesien keine Bedeutung zu, sodaß der Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht in den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens einbezogen wurde.

Die nachstehende Übersicht über die vom Abkommen erfaßten Zweige stellt auf die zum 1. Jänner 1985 geltende Rechtslage betreffend das System für unselbstständig Erwerbstätige ab und beruht weitestgehend auf der Veröffentlichung „Social Security Programms Throughout the World — 1985“ des US Department of Health and Human Services. Von einer Darstellung der vom Abkommen ebenfalls erfaßten Sondersysteme für selbstständig Erwerbstätige, Landwirte und Fischer wurde Abstand genommen. Der Umrechnungskurs hat am 1. Juni 1989 1 Tunesischer Dinar (DT) = 14,21 Schilling betragen.

#### Organisation und Verwaltung

Die allgemeine Überwachung der Systeme obliegt dem Ministerium für soziale Angelegenheiten (Ministère des Affaires Sociales).

Alle Zweige der Sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Unfallversicherung werden von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit (Caisse Nationale de Sécurité Sociale — C.N.S.S.) und deren regionalen Büros durchgeführt. Im Bereich der Pensionsversicherung ist die Durchführung teilweise der Kasse für Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung (Caisse d'Assurance Vieillesse, Invalidité et Survivants — CAVIS) übertragen. Für die Leistungen im Bereich der Unfallversicherung hat der Dienstgeber grundsätzlich durch den Abschluß entsprechender Privatversicherungen Vorsorge zu treffen. Lediglich in Fällen, in denen der Dienstgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommt, fällt die Durchführung der Unfallversicherung in die Zuständigkeit des Arbeitsunfall-Fonds (Fonds des Accidents du Travail). Im Bereich der Krankenversicherung werden die Sachleistungen durch die staatlichen Spitäler und Gesundheitseinrichtungen (diesbezüglich bestehen Verträge zwischen der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit und dem Gesundheitsministerium) sowie durch Ambulatorien der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit erbracht.

#### Finanzierung

Die Leistungen der Sozialen Sicherheit werden durch Beiträge des Dienstgebers und — mit Ausnahme der Unfallversicherung — des Dienstnehmers finanziert. Zuschüsse des Staates sind nach tunesischem Recht nicht vorgesehen. Die Beiträge zu den einzelnen Zweigen betragen:

- a) Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung:

Dienstnehmer: 5%,

Dienstgeber: 15% des Entgelts.

Diese Beiträge werden auch zur Finanzierung der Familienbeihilfen und als Zuschuß zur Finanzierung der Pensionsversicherung herangezogen.

- b) Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung:  
Dienstgeber: zwischen 1% und 9% des Entgelts, abgestuft nach Risikoklassen.
- c) Pensionsversicherung:  
Dienstnehmer: 1,25%,  
Dienstgeber: 2,5% des Entgelts.  
(Zusätzlicher Beitragszuschuß: siehe unter a).
- d) Familienbeihilfen:  
Keine eigenen Beiträge (siehe unter a).

## 1. Krankheit und Mutterschaft

- a) Geschützter Personenkreis:  
Allgemeines System: Dienstnehmer in Industrie, Handel sowie Bau- und Transportgewerbe, freiberuflich Tätige, Studenten vor Vollendung des 28. Lebensjahres, Pensionisten sowie die Familienangehörigen dieser Personen;  
Sondersysteme für Landarbeiter, Fischer, selbständig Erwerbstätige und Beamte.
- b) Anspruchsvoraussetzungen:  
Sach- und Geldleistungen: entweder 50 Arbeitstage innerhalb der letzten beiden Quartale oder 80 Arbeitstage innerhalb der letzten vier Quartale (für die Geldleistungen bei Mutterschaft gilt nur die längere Wartezeit von 80 Arbeitstagen innerhalb der letzten vier Quartale). Diese Wartezeit entfällt, wenn die Krankheit Folge eines Unfalles ist.
- c) Leistungen:
  - aa) Sachleistungen:  
Der Leistungskatalog umfaßt ärztliche Betreuung, Anstaltpflege, fachärztliche Betreuung, Laboruntersuchungen und Heilmittel. Diese Leistungen werden ohne Selbstbehalt des Versicherten oder seiner Familienangehörigen erbracht.
  - bb) Krankengeld:  
Das Krankengeld gebührt bei Arbeitsunfähigkeit, sofern nicht gleichzeitig Anspruch auf eine Leistung der Unfallversicherung besteht. Es wird vom 6. bis zum 180. Tag der Arbeitsunfähigkeit gewährt. Eine Gewährung über den 180. Tag hinaus ist nur in Fällen bestimmter in eine Liste aufgenommener längerdauernder Krankheiten, einer Anstaltpflege oder eines Unfalles möglich.  
Das Krankengeld beträgt  $\frac{3}{5}$  der Bemessungsgrundlage der Krankenversicherung (durchschnittliches Tagesentgelt jenes Quartals innerhalb der dem Eintritt des Versicherungsfalles vorangegangenen vier Quartale, in dem der Versicherte das höchste Entgelt bezogen hat, unter Berücksichtigung einer Höchstbemessungsgrundlage). Bei Gewährung des Krankengeldes über den 180. Tag

der Arbeitsunfähigkeit hinaus wird die Höhe ab dem dritten Jahr auf 50% der Bemessungsgrundlage reduziert.

### cc) Mutterschaftsgeld:

Das Mutterschaftsgeld gebührt während des arbeitsrechtlichen Mutterschaftsurlaubes (grundsätzlich 30 Tage), sofern nicht entsprechende arbeitsrechtliche Vorschriften während dieser Periode die Weitergewährung des Entgeltes sicherstellen.

Das Mutterschaftsgeld beträgt  $\frac{3}{5}$  der Bemessungsgrundlage.

### dd) Sterbegeld:

- Bei Tod des Versicherten gebührt das Sterbegeld in der Höhe eines durchschnittlichen Jahresentgelts (Berücksichtigung höchstens bis zum 6fachen des nationalen Mindestlohnes) und erhöht sich pro Versicherungsjahr um  $\frac{1}{12}$  (Maximum: das 2,5fache des durchschnittlichen Jahresentgeltes). Gekürztes Sterbegeld bei Anspruch auf Hinterbliebenenpensionen.
- Bei Tod eines Angehörigen gebührt das Sterbegeld in der Höhe vom 10- bis 90fachen des täglichen Krankengeldes.

## 2. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

- a) Geschützter Personenkreis:  
Allgemeines System: Alle Dienstnehmer, selbständig Erwerbstätige können freiwillig beitreten; Sondersystem für Beamte.
- b) Anspruchsvoraussetzungen:  
Keine Wartezeit.
- c) Leistungen:
  - aa) Sachleistungen:  
Der Versicherte hat Anspruch auf die auf Grund der Folgen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit erforderlichen Sachleistungen. Die Versicherten haben hiebei freie Wahl hinsichtlich des Arztes bzw. der Krankenanstalt. Nehmen sie aber nicht die vom Dienstgeber oder dessen Versicherung bezeichneten Einrichtungen in Anspruch, so hat der Dienstgeber oder dessen Versicherung lediglich die behördlich festgesetzten Tarife zu tragen. Der darüber hinausgehende Teil der Behandlungskosten ist vom Versicherten zu zahlen.
  - bb) Geldleistungen bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit:  
Die Geldleistung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit gebührt ab dem dritten Tag der Arbeitsunfähigkeit in der Höhe von 50% des letzten Entgeltes. Sie erhöht sich auf  $\frac{3}{5}$  des letzten Entgeltes

nach der sechsten Woche des Bezuges. Sie gebührt bis zum Wegfall der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit oder bis zur Feststellung der dauernden Arbeitsunfähigkeit.

cc) Rente:

Anspruch auf Rente besteht ab einer Minderung der Arbeitsfähigkeit von 5%. Die Rente beträgt bei einer Minderung der Arbeitsfähigkeit zwischen 5% und 50% pro 1% der Minderung der Arbeitsfähigkeit 0,5% der Bemessungsgrundlage der Unfallversicherung (gebildet aus dem Jahresentgelt vor Eintritt des Versicherungsfalles bis zu 4 020 DT, wobei das zwischen 1 724 DT und 4 020 DT liegende Entgelt nur zu  $\frac{1}{3}$  berücksichtigt wird; ein Jahresentgelt unter 1 724 DT wird nicht berücksichtigt).

Bei einer Minderung der Arbeitsfähigkeit über 50% erhöht sich die Rente pro 1% der Minderung der Arbeitsfähigkeit über 50% um 1,5% der Bemessungsgrundlage.

Bei einer Minderung der Arbeitsfähigkeit zwischen 5% und 15% gebührt anstelle einer laufenden Rente eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei Jahresrenten.

Im Falle einer Minderung der Arbeitsfähigkeit um 100% gebührt bei Hilflosigkeit eine Hilflosenzulage in der Höhe von 25% der Bemessungsgrundlage (mindestens 120 DT).

dd) Hinterbliebenenleistungen:

— Witwen(Witwer)rente:

Witwen(Witwer)rente gebührt der Witwe (dem Witwer) in der Höhe von 25% der Bemessungsgrundlage. Bei Wiederverheiratung wird eine Abfertigung in der Höhe von drei Jahresrenten gewährt. Darüber hinaus hat auch der geschiedene oder getrennt lebende Ehegatte einen Anspruch auf Rente in der Höhe von 15% der Bemessungsgrundlage, sofern ein gerichtlich festgestellter Unterhaltsanspruch gegenüber dem Verstorbenen bestanden hat.

— Waisenrente:

Für Halbwaisen gebührt eine gemeinsame Rente in der Höhe zwischen 15% und 45% der Bemessungsgrundlage (abhängig von der Anzahl der Waisen, der Höchstbetrag wird bei vier Kindern erreicht). Für Vollwaisen gebühren jeweils 20% (höchstens 60%) der Bemessungsgrundlage als Rente.

Die Waisenrente wird bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres gewährt.

- Renten an sonstige Verwandte: Sind kein Ehegatte und keine Kinder vorhanden, so gebührt bestimmten Verwandten der ab- und aufsteigenden Linie eine Rente in der Höhe von jeweils 10% (höchstens 30%) der Bemessungsgrundlage, sofern der Verstorbene für deren Unterhalt aufgekommen ist.
- Sterbegeld (50 DT).

3. Alter, Invalidität und Tod

a) Geschützter Personenkreis:

Allgemeines System: Dienstnehmer in Industrie, Handel sowie Bau- und Transportgewerbe und freiberufl. Tätige; Sondersysteme für Landarbeiter, Fischer und Beamte.

b) Anspruchsvoraussetzungen:

aa) Normale Alterspension:

Vollendung des 60. Lebensjahres, Wartezeit von 120 Versicherungsmonaten (Beitragsmonate und gleichgestellte Monate seit 1. April 1961), keine Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

bb) Vorzeitige Alterspension:

- ab Vollendung des 55. Lebensjahres für Personen, die in ungesunden oder schweren Berufen beschäftigt waren;
- ab Vollendung des 50. Lebensjahres, für aus wirtschaftlichen Gründen gekündigte Personen, für Personen, deren Körper vorzeitige Abnutzungserscheinungen aufweist, sowie für sonstige Personen, die insgesamt 360 Versicherungsmonate, oder im Falle einer Frau, die drei Kinder geboren hat, 180 Versicherungsmonate erworben haben.

cc) Proportionale Pension:

Erfüllung der für eine normale Alterspension verlangten Anspruchsvoraussetzungen mit Ausnahme der Wartezeit, jedoch Vorliegen von mindestens 60 Beitragsmonaten.

dd) Invaliditätspension:

Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens  $\frac{1}{3}$ , soweit diese nicht auf einer Arbeitsunfähigkeit oder einer Berufskrankheit beruht, Wartezeit von 60 Versicherungsmonaten (die Voraussetzung einer Wartezeit entfällt für Versicherte, deren Invalidität infolge eines Unfalls, der kein Arbeitsunfall ist, eintritt).

- ee) Hinterbliebenenpensionen:
- Witwen(Witwer)pension:  
Der Verstorbene muß entweder im Todeszeitpunkt eine Alters- oder Invaliditätspension bezogen haben oder je nach seinem Alter die Voraussetzung der Wartezeit für eine Alters- oder Invaliditätspension erfüllen. Eine Witwerpension gebührt nur für Witwer, die invalid im Sinne der Voraussetzungen für eine Invaliditätspension sind. Der Anspruch auf Witwen(Witwer)pension erlischt bei Wiederverheiratung mit dem Beginn des auf die Wiederverheiratung folgenden Quartals.
  - Waisenpension:  
Wartezeit wie für Witwen(Witwer)pension; gebührt bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes (21. Lebensjahres bei Schulbesuch, unbegrenzt bei Erwerbsunfähigkeit).
- c) Leistungen:
- (Die Pensionen gebühren 12mal jährlich.)
- aa) Normale Alterspension:  
Grundbetrag von 40% der Bemessungsgrundlage der Pensionsversicherung (durchschnittliches Entgelt der letzten drei oder fünf Jahre vor Eintritt des Versicherungsfalles unter Berücksichtigung einer Höchstbemessungsgrundlage, die dem 6fachen des nationalen Mindestlohnes entspricht, wobei das jeweils höhere durchschnittliche Entgelt heranzuziehen ist). Beim Vorliegen von mehr als 120 Versicherungsmonaten gebührt pro 12 Versicherungsmonate ein Steigerungsbeitrag von 2% der Bemessungsgrundlage (Maximalbetrag von Grundbetrag und Steigerungsbeträgen: 80% der Bemessungsgrundlage bei 360 Versicherungsmonaten).
- bb) Vorzeitige Alterspension:  
Berechnung wie normale Alterspension.
- Für Versicherte, die in ungesunden oder schweren Berufen beschäftigt waren, gilt der Zeitraum zwischen dem 55. und 60. Lebensjahr zu  $\frac{2}{3}$  als leistungswirksamer Zurechnungszeitraum.
  - Bei Versicherten, die ab Vollendung des 50. Lebensjahres eine vorzeitige Alterspension auf Grund von 360 Versicherungsmonaten beanspruchen, wird ein Abschlag in der Höhe von 2% pro Jahr dieses vorgezogenen Pensionsbeginns in Anrechnung gebracht.
- cc) Proportionale Pension:  
Kürzung jenes Betrages, auf den der Versicherte bei Erfüllung der Wartezeit von 120 Versicherungsmonaten Anspruch gehabt hätte, im Verhältnis der erworbenen Versicherungszeiten zu 120.
- dd) Invaliditätspension:  
Grundbetrag von 50% der Bemessungsgrundlage; beim Vorliegen von mehr als 120 Versicherungsmonaten gebührt pro zusätzlichem Versicherungsjahr ein Steigerungsbetrag von 2% der Bemessungsgrundlage (Maximalbetrag von Grundbetrag und Steigerungsbeträgen: 80% der Bemessungsgrundlage bei 300 Versicherungsmonaten).  
Bei Hilflosigkeit gebührt eine Hilflosenzulage in der Höhe von 20% der Pension.  
Beim Zusammentreffen einer Unfallrente und einer Invaliditätspension wird die Invaliditätspension um den halben Betrag der Unfallrente zum Ruhen gebracht (höchstens 50% der Invaliditätspension).
- ee) Hinterbliebenenpensionen:
- Witwen(Witwer)pension:  
50% der Alters- oder Invaliditätspension, auf die der Verstorbene Anspruch hatte oder gehabt hätte. Dieser Betrag erhöht sich auf 75%, falls kein Anspruch auf Waisenpensionen besteht oder die Summe aus Witwen(Witwer)- und Waisenpensionen den Betrag der Pension, auf die der Verstorbene Anspruch hatte oder gehabt hätte, nicht erreicht.
  - Waisenpension:  
30% der Alters- oder Invaliditätspension, auf die der Verstorbene Anspruch hatte oder gehabt hätte. Die Hinterbliebenenpensionen dürfen in Summe nicht höher als 100% der Pension sein, auf die der Verstorbene Anspruch hatte oder gehabt hätte. Gegebenenfalls tritt eine entsprechende Kürzung ein.
- ff) Mindestpension:  
Erreicht die nach aa), bb) und dd) berechnete Pension nicht  $\frac{2}{3}$  des nationalen Mindestlohnes, so wird dieser Betrag als Pension gewährt. Dieser Betrag ist gegebenenfalls auch der Berechnung einer Hinterbliebenenpension zugrunde zu legen.

#### 4. Familienbeihilfen

##### a) Geschützter Personenkreis:

Allgemeines System: Alle Erwerbstätigen (mit Ausnahme der Landarbeiter und des Hauspersonals), Empfänger von Sozialversiche-

## 1182 der Beilagen

53

- rungsleistungen und Studenten bis zum 28. Lebensjahr; Sondersystem für Beamte.
- b) Anspruchsvoraussetzungen: Kinder bis zum 14. Lebensjahr, Schüler bis zum 16. Lebensjahr, Lehrlinge bis zum 18. Lebensjahr, Studierende oder Töchter, die anstelle der Mutter Geschwister betreuen, bis zum 20. Lebensjahr; bei Behinderung keine Altersgrenze.
- c) Leistungen: Familienbeihilfe für das erste Kind: 18% des Entgeltes des Versicherten, für das zweite Kind 16%, für das dritte Kind 14% und für das vierte Kind 12% (für weitere Kinder wird keine Familienbeihilfe gewährt). Der Höchstbetrag liegt bei 30 DT.

**Besonderer Teil**

Die einzelnen Regelungen des Abkommens entsprechen — worauf bereits unter Punkt 3 einleitend hingewiesen wurde — weitestgehend den in letzter Zeit von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen, wie zB mit Dänemark (BGBl. Nr. 76/1988), Finnland (BGBl. Nr. 349/1987) und Kanada (BGBl. Nr. 451/1987). Im Hinblick auf die zu einem Großteil wortgleichen Regelungen wird in der Folge auf die jeweils entsprechenden Regelungen dieser Abkommen verwiesen.

**Zu Art. 1:**

Dieser Artikel enthält die in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit üblichen Begriffsbestimmungen.

**Zu Art. 2:**

Der hier normierte sachliche Geltungsbereich des Abkommens entspricht dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit und umfaßt auf österreichischer Seite im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung die Systeme sowohl der unselbstständig als auch der selbständigen Erwerbstätigen sowie die Familienbeihilfe.

Auf tunesischer Seite werden die entsprechenden Zweige und Leistungen erfaßt. Im Hinblick darauf, daß das tunesische System für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten im Unterschied zu den österreichischen Beamten-Pensionssystemen grundsätzlich von den im Abs. 1 angeführten Rechtsvorschriften erfaßt wird, jedoch auf Grund der Besonderheiten dieses Systems eine Einbeziehung in den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens von tunesischer Seite nicht gewünscht wurde, ist im Abs. 2 eine entsprechende Ausnahme vorgesehen.

**Zu Art. 3:**

Dieser Artikel legt den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, der entsprechend der

Mehrzahl der von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten sowie deren Angehörige und Hinterbliebene (ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit) umfaßt.

Gleichzeitig werden wie im Verhältnis zu den Philippinen (Art. 3 Abs. 2 dieses Abkommens, BGBl. Nr. 116/1982), die in einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretungsbehörde beschäftigten Personen bzw. die privaten Hausangestellten dieser Personen vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen. Auf diese Personengruppen findet weiterhin das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, BGBl. Nr. 66/1966, bzw. das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen, BGBl. Nr. 318/1969, Anwendung.

**Zu Art. 4:**

Die in diesem Artikel festgelegte Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen entspricht in Verbindung mit den im Punkt I des Schlußprotokolls vorgesehenen Ausnahmen den entsprechenden Regelungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit.

**Zu Art. 5:**

Die hier normierte grundsätzliche Verpflichtung zum Export von Geldleistungen ist in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit vorgesehen. Im Hinblick auf die geringe Fluktuation von Erwerbstätigen zwischen beiden Vertragsstaaten wird diese Exportverpflichtung allerdings auf die Geldleistungen im Bereich der Pensionsversicherung sowie auf Unfallrenten und Sterbegelder eingeschränkt, wie dies zB auch im Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 428/1977, vorgesehen ist (Art. 11 Abs. 1). Hinsichtlich der übrigen Geldleistungen aus der österreichischen Sozialversicherung ist daher ein Export nach Tunesien nur mit Zustimmung des zuständigen Versicherungsträgers möglich (siehe zB § 89 Abs. 3 Z 2 ASVG). Wie in allen anderen Abkommen ist die Ausgleichszulage aus der Pensionsversicherung vom Export ausgenommen (Punkt II lit. a des Schlußprotokolls).

Darüber hinaus ist wie bereits im Abkommen mit Kanada (Art. 5 Abs. 3 lit. b) der Ausschluß des Teils der österreichischen Pension vom Export vorgesehen, der den nicht im Gebiet Österreichs zurückgelegten Zeiten einer Beschäftigung bzw. selbstständigen Erwerbstätigkeit entspricht, die nach dem Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG) bzw. den entsprechenden Regelungen des § 116 Abs. 6 GSVG und § 107 Abs. 6 BSVG als österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind (Punkt II lit. b des Schlußprotokolls). Dieser Ausschluß ist im Hinblick darauf vorgesehen, daß

ein Großteil der davon betroffenen Personen sich zwar an einem der in Betracht kommenden Stichtage (11. Juli 1953, 1. Jänner 1961, 27. November 1961) nicht nur vorübergehend in Österreich aufgehalten hat, aber in der Folge Aufnahme insbesondere in bestimmten außereuropäischen Staaten gefunden hat. Hinsichtlich der Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit ergibt sich dieser Ausschluß für diesen Personenkreis bereits aus der in den genannten Bestimmungen des GSVG und BSVG vorgesehenen weiteren Voraussetzung des Wohnsitzes am Pensionsstichtag in Österreich, kann jedoch bei späterer Verlegung des Wohnsitzes von Bedeutung sein. Durch die vorgesehene Regelung wird daher vermieden, daß die österreichische Riskengemeinschaft mit dem Export von Leistungsteilen belastet wird, die auf ausländischen Zeiten beruhen und denen keine Beitragsleistung zur österreichischen Sozialversicherung gegenübersteht.

#### Zu den Art. 6 bis 8:

Diese Bestimmungen regeln die sich aus der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ergebende Versicherungspflicht, wobei entsprechend den von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit grundsätzlich auf das Territorialitätsprinzip abgestellt wird (Art. 6).

Art. 7 sieht in den Abs. 1 und 2 die in allen Abkommen über Soziale Sicherheit enthaltenen Ausnahmen vom Territorialitätsprinzip für entsendete Dienstnehmer sowie in den Abs. 3 und 4 ergänzende Zuordnungsregelungen für die Beschäftigung auf Seeschiffen und für öffentlich-rechtlich Bedienstete bzw. diesen gleichgestellte Personen vor. Die Einschränkung der Ausnahmeregelung des Abs. 2 auf Luftfahrtunternehmen entspricht dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen (siehe zB Art. 7 Abs. 2 des Abkommens mit Kanada).

Art. 8 enthält die in allen Abkommen über Soziale Sicherheit vorgesehene Ausnahmemöglichkeit hinsichtlich einer unselbständigen Erwerbstätigkeit und entspricht dem Art. 9 des Abkommens mit Kanada.

#### Zu den Art. 9 bis 11:

Im Zuge der Ausarbeitung des Abkommens mit Norwegen (BGBl. Nr. 218/1986) haben sich im Zusammenhang mit den Regelungen betreffend die aushilfswise Sachleistungsgewährung Probleme hinsichtlich der Kostenerstattung in Fällen eines vorübergehenden Aufenthaltes ergeben. Die diesbezüglich zunächst noch vorgesehenen Regelungen mußten daher in der Folge gestrichen werden, sodaß das Abkommen mit Norwegen in seiner endgültigen Fassung hinsichtlich der besonderen Bestimmungen für den Bereich der Krankenversicherung nur mehr die Zusammenrechnung der

Versicherungszeiten sowie eine Regelung betreffend den Versicherungsschutz von Pensionsbeziehern enthält.

Auch die in der Folge geschlossenen Abkommen mit Dänemark und Finnland wurden im Hinblick auf die im wesentlichen gleichartige Ausgangslage keine Regelungen betreffend eine aushilfswise Sachleistungsgewährung aufgenommen. In gleicher Weise ist daher auch im Verhältnis zu Tunesien nur mehr eine Regelung betreffend die Zuordnung der Pensionsbezieher zur Krankenversicherung des jeweiligen Wohnsitzstaates enthalten (Art. 9 in Verbindung mit Art. 10), wobei in den Fällen des Art. 9 Abs. 2 (Einfachpensionisten) entsprechend dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen (zB Art. 15 des Abkommens mit Italien, BGBl. Nr. 307/1983) eine Kostenerstattung vorgesehen ist (Art. 11 in Verbindung mit Punkt III des Schlußprotokolls).

Ergänzend ist zu bemerken, daß eine Regelung betreffend die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Bereich der Krankenversicherung im Hinblick auf die geringe Fluktuation von Arbeitskräften zwischen beiden Staaten nicht erforderlich ist. Aus denselben Überlegungen ist im vorliegenden Abkommen auch keine Regelung betreffend Pensionswerber vorgesehen.

#### Zu den Art. 12 und 13:

Unter Bedachtnahme auf den Wegfall der aushilfswise Sachleistungsgewährung in der Krankenversicherung (siehe die diesbezüglichen Erläuterungen zu den Art. 9 bis 11) werden auch für den Bereich der Unfallversicherung keine diesbezüglichen Regelungen aufgenommen. Wie bereits im Verhältnis zu Dänemark (Art. 24) ist im Art. 12 lediglich die erforderliche Festlegung der Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen vorgesehen. Hierbei gilt der Grundsatz, daß bei Expositionszeiten in beiden Vertragsstaaten nur jener Vertragsstaat eine Leistung zu erbringen hat, in dessen Gebiet zuletzt eine entsprechende Expositionszeit vorliegt (Abs. 1).

Dieser Grundsatz wird durch Abs. 2 für Fälle der Silikose und Asbestose durchbrochen, indem in diesen Fällen wie nach dem Abkommen mit Italien (Art. 24 Abs. 2) grundsätzlich der Aufwand für Geldleistungen zwischen beiden Vertragsstaaten aufgeteilt wird.

Art. 3 wurde über tunesischen Wunsch aufgenommen und geht für den österreichischen Rechtsbereich ins Leere.

Ebenfalls über tunesischen Wunsch wurde die Regelung des Art. 13 betreffend die Verschlimmerung einer Berufskrankheit aufgenommen. Entsprechende Regelungen finden sich zwar in einigen der von Österreich geschlossenen Abkommen (zB Art. 28 des Abkommens mit Frankreich, BGBl.

## 1182 der Beilagen

55

Nr. 383/1972), wurden aber im Hinblick darauf, daß diesen keine praktische Bedeutung zukommt, im Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen nicht aufgenommen.

**Zu den Art. 14 bis 19:**

Diese Bestimmungen betreffen die Gewährung von Leistungen aus der österreichischen bzw. tunesischen Pensionsversicherung und entsprechen praktisch wörtlich den im Verhältnis zu den anderen Vertragsstaaten Österreichs in jüngster Zeit getroffenen Regelungen (zB Art. 13 bis 17 des Abkommens mit Dänemark).

Eine Änderung der diesbezüglichen Regelungen auf Grund der mit 1. Jänner 1985 wirksam gewordenen Pensionsreform war nicht erforderlich, da die Berechnung nach der Pro-rata-temporis-Methode insbesondere in Fällen eines Zurechnungszuschlages (siehe zB § 261 Abs. 3 ASVG) oder eines Kinderzuschlages (siehe zB § 261 a ASVG) auch weiterhin zweckmäßig erscheint. In Versicherungsfällen mit einer Versicherungsdauer von insgesamt nicht mehr als 30 Versicherungsjahren in beiden Vertragsstaaten ergibt sich auf Grund der neuen Pensionsberechnung (einheitlicher Steigerungsbetrag von 1,9% pro Versicherungsjahr) kein Unterschied mehr zwischen der zwischenstaatlich und der innerstaatlich berechneten Leistung. Bei einer darüber hinausgehenden Versicherungsdauer ergeben sich gegenüber der bisherigen Rechtslage in gleicher Weise wie im innerstaatlichen Bereich keine Änderungen. Unter Berücksichtigung der Pensionsreform konnte jedoch die in den Abkommen bisher enthalten gewesene Regelbestimmung betreffend die Anrechenbarkeit der Versicherungsmonate entfallen.

Die Leistungen aus der tunesischen Pensionsversicherung sind nach denselben Grundsätzen wie die Leistungen aus der österreichischen Pensionsversicherung festzustellen. Ein Unterschied besteht lediglich für Fälle, in denen die betreffende Person die Voraussetzungen für einen Pensionsanspruch nach den tunesischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Abkommens erfüllen würde. In diesen Fällen werden die tunesischen Leistungen auch bei Hinzutreten einer Leistung nach den österreichischen Rechtsvorschriften ohne Anwendung der Pro-rata-temporis-Methode (Art. 15) im Ausmaß der nach nationalem tunesischen Recht gebührenden „Vollpension“ gewährt (Art. 17 Z 4).

**Zu den Art. 20 bis 25:**

Die Regelungen über die Familienbeihilfen folgen inhaltlich im wesentlichen den Abkommen, die mit den anderen mediterranen Ländern geschlossen worden sind (siehe auch die allgemeinen Überlegungen über den Familienlastenausgleich im Abschnitt 3 des Allgemeinen Teiles).

Der Vertragsstaat, in dem ein Dienstnehmer beschäftigt ist, hat die Familienbeihilfen auch für jene Kinder zu leisten, die sich ständig im anderen Vertragsstaat aufhalten. Hierbei sind diese Dienstnehmer wie eigene Staatsangehörige zu behandeln (Art. 4).

Die österreichische Familienbeihilfe wird für Kinder, die sich ständig in Tunesien aufhalten,

- a) nur bis zum 16. Lebensjahr gewährt, wenn sie sich nicht in Schulausbildung befinden (dann endet der Anspruch spätestens mit Erreichung des 25. Lebensjahres, Art. 20 Abs. 3);
- b) nur in verminderter Ausmaß monatlich gezahlt: für Kinder bis zum 10. Lebensjahr 818 S (statt 1 200 S) und für Kinder über dem 10. Lebensjahr 938 S (statt 1 450 S). Diese Beträge sind der Höhe der ausgewiesenen österreichischen Familienbeihilfe jeweils prozentuell anzupassen (Art. 21).
- c) Die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder wird nur für tunesische Kinder gezahlt, die sich ständig in Österreich aufhalten (Punkt IV lit. c des Schlußprotokolls).

Im übrigen sind die üblichen Kollisionsnormen, die Regelungen über eine erforderliche Arbeitserlaubnis und über eine einmonatige Wartezeit auf die österreichische Familienbeihilfe vorgesehen. Auch vermittelt ein Anspruch auf Geldleistungen aus der gesetzlichen Kranken- oder Arbeitslosenversicherung den Anspruch auf Familienbeihilfen.

**Zu den Art. 26 bis 34:**

Die in diesen Artikeln enthaltenen verschiedenen Bestimmungen betreffend die Durchführung des Abkommens sind zum größten Teil wörtlich in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit enthalten (siehe zB die Art. 28 bis 34 des Abkommens mit Dänemark).

Zu den Abweichungen von diesen Grundsätzen ist folgendes festzuhalten:

Hinsichtlich der Vollstreckungshilfe (Art. 31) wird über tunesischen Wunsch anstelle einer materiellen Regelung in diesem Bereich lediglich auf den diesbezüglichen Vertrag zwischen den beiden Staaten vom 23. Juni 1977, BGBl. Nr. 305/1980, verwiesen.

Der über tunesischen Wunsch aufgenommene Abs. 3 des Art. 32 stellt klar, daß auf Grund dieses Artikels vorzunehmende Einbehälte (sowohl hinsichtlich der Zulässigkeit als auch hinsichtlich des diesbezüglichen Verfahrensrechtes) sich nach den Rechtsvorschriften jenes Vertragsstaates richten, in dessen Gebiet der zur Einbehaltung berufene Träger seinen Sitz hat.

56

1182 der Beilagen

In der Streitbeilegungsregelung (Art. 34) wurde über tunesischen Wunsch im Abs. 1 auch die Möglichkeit der Einsetzung einer Ad-hoc-Expertenkommision vorgesehen.

**Zu den Art. 35 bis 37:**

Diese Artikel enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen (siehe zB Art. 35 bis 37 des Abkommens mit Dänemark).